

Rüdiger Hachtmann

„Rote Hauptstadt“ und „schwarze Provinz“. Zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen dem demokratischen Berlin und seinen „Vororten“ Charlottenburg, Spandau und Potsdam im Revolutionsjahr

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.884>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, „Rote Hauptstadt“ und „schwarze Provinz“. Zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen dem demokratischen Berlin und seinen „Vororten“ Charlottenburg, Spandau und Potsdam im Revolutionsjahr, in: Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, herausgegeben von Walter Schmidt, Fides Berlin, 1998, S. 159-196

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (1998), „Rote Hauptstadt“ und „schwarze Provinz“. Zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen dem demokratischen Berlin und seinen „Vororten“ Charlottenburg, Spandau und Potsdam im Revolutionsjahr, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.884>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, „Rote Hauptstadt“ und „schwarze Provinz“. Zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen dem demokratischen Berlin und seinen „Vororten“ Charlottenburg, Spandau und Potsdam im Revolutionsjahr, in: Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, herausgegeben von Walter Schmidt, Fides Berlin, 1998, S. 159-196

Rüdiger Hachtmann

„Rote Hauptstadt“ und „schwarze Provinz“. Zum spannungsgeladenen Verhältnis zwischen dem demokratischen Berlin und seinen „Vororten“ Char- lottenburg, Spandau und Potsdam im Revolutionsjahr

Die Geschichte der Revolution von 1848 ist auch eine Geschichte des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, in Berliner Perspektive: zwischen Hauptstadt und Provinz. Zwar haben neuere Untersuchungen gezeigt, daß die Agrarbevölkerung keineswegs so konservativ war, wie die traditionelle Revolutionshistoriographie häufig annahm. Namentlich in Schlesien, im Rheinland, in der Pfalz, in den hessischen und den südwestdeutschen Mittelstaaten schlug die demokratische Bewegung auch auf dem Land kräftige Wurzeln. Aus der Sicht der Berliner Zeitgenossen und hier namentlich der demokratischen Bewegung war die „Provinz“ jedoch tiefschwarz. Dieser Eindruck hatte durchaus seine Berechtigung. Denn die „rote“ Hauptstadt war gleichsam von einem Ring kleinerer „schwarzer“ Städte umgeben.

Wie ausgeprägt der politische Kontrast zwischen der Preußenmetropole, einer Hochburg der Demokraten, und der sie umgebenden „Provinz“ war, läßt sich meßbar an den Ergebnissen der gleichen und allgemeinen Wahlen zur zweiten Kammer des preußischen Abgeordnetenhauses Ende Januar 1849 festmachen.¹ Im Unterschied zu den Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung im Mai 1848, die von Persönlichkeit und Prominenz bestimmt waren, wurden die Wahlen zu diesem (wenn man so will:) ersten, und noch nach einem demokratischen, allerdings indirekten Wahlrecht konstituierten, preußischen Abgeordnetenhaus von „Parteien“ bestimmt - und zwar von zwei „Koalitionen“: einem Bündnis aus Rechtsliberalen und Konservativen sowie einem Bündnis von Demokraten und Linksliberalen. Gewählt wurden in den Urwahlen sog. Wahlmänner, die dann ihrerseits in einem zweiten Wahlgang die eigentlichen Abgeordneten zu bestimmen hatten. 700 der 1300 Wahlmänner, die in Berlin gewählt wurden, zählten zum entschieden demokratischen Lager, 270 wurden dem linksliberalen Spektrum zugeordnet. Nur 350 gehörten zum rechten Zentrum bzw. zur Rechten. Infolgedessen nimmt es nicht wunder, daß von den Berliner Wahlmännern ausschließlich Linke in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt wurden: Benedikt Waldeck, Julius Berends, Johann Jacoby, Georg Jung, J. H. D. Temme, Johann Karl Rodbertus(-Jagetzow), August Heinrich Simon, Eduard Rudolf Philipps, Reuter und Franz Ziegler.² Es nützte der liberalkonservativen Allianz auch nichts, daß sie u.a. mit dem chemali-

gen preußischen Ministerpräsidenten Ludolf Camphausen, dem zeitweiligen Präsidenten der Preußischen Nationalversammlung Wilhelm Grabow und dem Krefelder Bankier, Paulskirchen-Abgeordneten und (1848/49) Reichsfinanzminister Hermann v. Beckerath prominente Altliberale aufbot. Die linken Abgeordnetenkandidaten erhielten bei den Wahlmännerwahlen teilweise doppelt bis viermal so viele Stimmen wie ihre Gegenkandidaten.

Daß auch Linksliberale von den Berliner Urwählern und den von diesen bestimmten Wahlmännern aus radikaldemokratischen Motiven gewählt wurden, zeigen die Vorgänge, die zur Wahl von Rodbertus führten, 1848 ein führender Vertreter des linken Zentrums und im Hochsommer 1848 sogar kurzzeitig Minister für die geistlichen etc. Angelegenheiten: Er wurde nicht wegen seiner eher gemäßigten politischen Überzeugungen gewählt; die brachten ihm, wie die Vossische Zeitung vom 6. Februar 1849 feststellte, nur „wenig Sympathien“ ein. Hoch angerechnet und ausschlaggebend für seine Wahl zum Abgeordneten war vielmehr, daß er im Januar 1849 vorübergehend aus Berlin ausgewiesen, vom Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey also unfreiwillig zu einer Art politischem Märtyrer gemacht worden war.

Ganz anders als in Berlin gingen die Wahlen im Umland aus. Zahlen über die Verteilung der Wahlmänner auf die beiden hauptsächlichen Lager liegen für Potsdam und Spandau vor: In Potsdam, das im Unterschied zu Charlottenburg und Spandau eine starke demokratische Bewegung besaß (darauf wird noch zurückzukommen sein), zählten 68 Wahlmänner zum demokratisch-liberalen und 77 zum konservativ-liberalen Lager.

Hielten sich in der Berlin südwestlich vorgelagerten Garnisonstadt die „Parteien“ fast die Waage, bildeten in Spandau, der nach Berlin und Potsdam dritten großen Garnisonstadt der Provinz Brandenburg, die Demokraten und Linksliberalen ein verlorenes Häuflein; hier gehörten im Januar 1849 von insgesamt 31 Wahlmännern lediglich drei oder vier der demokratisch-linksliberalen Partei an.³

Ähnlich eindeutig wie in Spandau werden die Urwahlen auch in den meisten anderen „Vororten“ Berlins und den übrigen Gemeinden Brandenburgs ausgefallen sein. Dies ist vor allem daraus zu schließen, daß trotz des überwältigenden Wahlerfolges der Demokraten in der Hauptstadt Berlin, die im Revolutionsjahr etwa vierhunderttausend Einwohner zählte, die Gesamtheit der Wähler der Provinz Brandenburg den Konservativen zu einer satten Zwei-Drittel-Mehrheit verhalf: Gewählt wurden 27 Abgeordnete der Rechten, drei, die dem rechten Zentrum zugeordnet wurden, und lediglich 15 linke Abgeordnete, darunter die genannten zehn Berliner.⁴

Die strukturelle Schwäche der demokratischen Bewegung: dominierend in der Hauptstadt, schwach auf dem Land, hatte sich bereits während der

Revolution abgezeichnet: Von den insgesamt 14 demokratischen Vereinen der Provinz Brandenburg, die sich am 20. und 21. August 1848 Berlin zusammenfanden, um einen „Kreis-Ausschuß für die Mark Brandenburg“ als regionales Koordinationsorgan der demokratischen Bewegung zu wählen, kamen allein neun aus Berlin. Daneben existierten lediglich in Potsdam, Frankfurt/Oder, WütstocK und Bernau demokratische Organisationen, die auch den „Kreis-Kongreß“ - vom Einzugsgebiet her eigentlich eine Provinz-Kongreß - mit Delegierten beschickten, sowie schließlich der demokratische Verein Charlottenburgs, der sich zu diesem Zeitpunkt gerade erst gründete, am 20. August zum Objekt pogromartiger Vorgänge wurde, die nicht zuletzt auch den demokratischen Kreis-Kongreß der Mark Brandenburg beschäftigten sollten. Angesichts der beherrschenden Stellung der Berliner Vereine überrascht es schließlich nicht, daß der auf dem Brandenburger Demokraten-Kongreß gewählte „Kreis-Ausschuß“ ausschließlich mit prominenten Berliner Demokraten bestückt war.⁵

Berlin und das unmittelbare Umland standen sich 1848/49 freilich nicht (nur) als zwei politisch konträre, geradezu feindliche Blöcke passiv gegenüber. Sie bezogen sich durchaus aufeinander - allerdings überwiegend negativ. Im folgenden soll das spannungsreiche Verhältnis zwischen dem demokratischen Berlin auf der einen, sowie den beiden nächstliegenden westlichen Städten, dem 1848 gut achttausend Einwohner zählenden Charlottenburg und dem (ohne Soldaten:) fast genauso großen Spandau (Tabelle)⁶ auf der anderen Seite skizziert und exemplarisch illustriert werden.

Im Vordergrund steht dabei die Schilderung zweier Ereignisse, die die Gemüter im Revolutionsjahr besonders erhitzten: erstens der „Empfang“, der den etwa siebenhundert gefangenen Berlinern seitens der Charlottenburger und Spandauer Einwohnerschaft bereitet wurde, als sie am 19. März in die Spandauer Zitadelle gebracht wurden und zuvor die beiden „Vororte“ passieren mußten, sowie zweitens die erwähnten blutigen Übergriffe zahlreicher konservativer Charlottenburger Bürger auf Mitglieder des demokratischen Klubs dieser Stadt am 20. August 1848 - ein Ereignis, das in der Hauptstadt die Wellen der Empörung noch höher schlagen ließ als die Berichte über die Behandlung der Barrikadenkämpfer nach der Märzrevolution.

In einem dritten Abschnitt werden schließlich die im Vergleich zu Charlottenburg und Spandau ganz anderen politischen Konstellationen in Potsdam skizziert und wird namentlich die dort sehr starke demokratische Bewegung in den Blick genommen.

Ressentiments der Hauptstädter gegenüber der „Provinz“

Abneigung und Distanz zwischen Hauptstadt und „Provinz“ waren nicht erst Resultat des revolutionären Umbruchs vom 18./19. März 1848. Schon in den Jahrzehnten vor 1848 war die Sicht der Hauptstädter auf die umliegenden, kleineren Stadtgemeinden von tief sitzenden Ressentiments, wenn man so will: von einer typisch hauptstädtischen Arroganz geprägt. Seit jeher galten z.B. die in Charlottenburg lebenden Milhhändler vielen Einwohnern der Hauptstadt als „berüchtigt“, weil „sie den Berlinern stark getaufte Milch verkaufen und die Hunde, welche dieselbe in Karren nach der Hauptstadt ziehen, auf die entsetzlichste Weise mißhandeln.“ Die Charlottenburger, so eine offensichtlich ziemlich verbreitete Ansicht, seien „gemein“ und „beschränkt“. Nicht nur die „dort im Müßigange lebenden Geldsäcke“, deren „loyaler Ruhe-Fanatismus“ sprichwörtlich sei, sondern selbst das in Charlottenburg ansässige Proletariat sei „roh, eigennützig und überaus neidisch und mißgünstig gegen die Berliner“.⁷

In einem ähnlichen, traditionell schlechten Ruf wie Charlottenburg und das nicht minder verhaßte Spandau stand Potsdam, mit etwa dreißigtausend Einwohnern (ohne Militär) nach Berlin und gleichauf mit Frankfurt/Oder die größte Stadt der Provinz Brandenburg (Tabelle).⁸ Eine kaum zu überbietende Schmähung dieser Stadt formulierte Heinrich Bettziech, besser bekannt unter seinem Pseudonym „Beta“, einige Jahre vor der Revolution. „Potsdam selbst ist das langweiligste, ödeste, widerlichste Ding von Stadt, wo es nur Langeweile und noch mehr Soldaten gibt... Ich habe nie begreifen können, wie eine so unerträgliche Stadt in dieser himmlischen Havelgend liegen kann, wie die Menschen in dieser reizenden Natur, in diesen Schöpfungen des großen Friedrich so ungeheuer spießbürgerlich, prude, fade und nüchtern werden und bleiben konnten... Was wäre die Gegend himmlisch, wenn Potsdam nicht dazwischen läge“.⁹

Von Potsdam allerdings sollte das demokratische Berlin 1848 positiv überrascht werden - im Gegensatz zu Charlottenburg und Spandau, deren Einwohnerschaft die tradierten Negativ-Klischees im Revolutionsjahr nachhaltig bestätigte.

Bereits ein Ereignis unmittelbar nach der Märzrevolution vertiefte die gegenseitige Aversion erheblich, ließ die latenten Spannungen vorübergehend in offene Empörung umschlagen und brachte unübersehbar zum Ausdruck, daß die Ressentiments der „schwarzen Vororte“ gegenüber dem „Pöbel“ der preußischen Revolutionsmetropole nicht minder kräftig ausgebildet waren wie die der „roten Hauptstadt“ gegenüber der Provinz.

„Einer der bedauernswertesten Menschentransporte, den die Geschichte aufzuweisen hat“¹⁰: der Leidensweg der gefangenen und nach Spandau transportierten Berliner Barrikadenkämpfer

Während der Barrikadenkämpfe am Nachmittag und Abend des 18. März nahmen die Militärs zwischen 800 und 1000 Berliner gefangen. Etwa 700 von ihnen sollten am frühen Morgen des 19. März, nachdem sie zuvor teilweise „mit fürchterlichen Kopfwunden und das Gesicht mit Blut bedeckt“, in einem engen Raum des Berliner Stadtschlusses „zu mehrern Hundert zusammengeschichtet“ die Nachtstunden „stehend oder zusammengekauert auf dem modrigen Steinboden“ zubringen mußten¹¹, nach Spandau auf die Zitadelle gebracht werden. Noch vor Anbruch der Dämmerung, kurz nach 4 Uhr, wurde mit dem Abtransport der Gefangenen nach Spandau begonnen. Zusätzlich zur begleitenden Infanterie wurde ein Trupp Kürassiere vorausgeschickt und dem Gefangenenzug ein Nachtrab von Ulanen beigegeben. Offenbar fürchteten die verantwortlichen Militärs einen gewaltsamen Befreiungsversuch durch Berliner Bürger. Aktionen zur Gefangenenerbefreiung hielt man vor allem „im Thiergarten für so wahrscheinlich“, daß die Militärführung zusätzlich „vorher einen Theil des Waldes mit Artillerie besetzen“ ließ.¹²

Bereits während des Marsches durch den Tiergarten waren die Gefangenen „den schreiendsten Gewalttätigkeiten“, „Kolbenstößen nach allen Seiten des Körpers, Schlägen mit dem Bajonet und der Faust“, seitens der Soldaten ausgesetzt¹³. Als die Gefangenen, unter denen sich viele, wie berichtet wurde, kaum mehr auf den Beinen halten konnten, dann die Stadtgrenze Charlottenburgs erreichten, fanden die zahlreichen Schikanen keineswegs ein Ende. Sie erreichten vielmehr eine neue Qualität, weil „einige Bewohner Charlottenburg's“ und später „ein großer Theil der Einwohner Spandaus“ in „den grausen Ton der Soldaten einstimmten“.

„Als wir durch Charlottenburg kamen“, offenbarte der 21jährige Schneidergeselle Ferdinand Klüß und ähnlich viele andere, „fanden wir eine Menge Menschen versammelt, welche schriegen: 'Werft die Hunde mit Steinen! Haut sie tüchtig!'“ Ein Krüppel, der Schneider A. Niederhoff, wurde mit den Worten empfangen: „Der lahme Spitzbube muß sogleich aufgespießt werden vor unseren Augen.“ Die Einwohner der Kleinstadt, darunter auch Frauen und Kinder, „hängten uns nicht allein alle nur erdenklichen, nichtswürdigen Schimpfnamen an, sondern bewarfen uns auch noch mit Straßenkoth“, heißt es in den Augenzeugenberichten. „Einige Erschöpfte baten um Wasser und Brod; der Hohn ging aber so weit, daß man das Wasser vor den Augen der Schmachttenden ausgoß, das Brod dagegen den Pferden der begleitenden Ulanen anbot und es, wenn diese es nicht fressen woll-

ten, fortwarf. " Der Hotelier Louis Dieterich, gleichfalls unter den Gefangenen, ergänzte, „eine abwehrende Stimme habe ich in Charlottenburg nicht vernommen.“

Nach weiteren Strapazen in Spandau angekommen, fanden die Berliner Demokraten dort „Straßen und Fenster mit Menschen bedeckt, - aber nirgends eine Miene des Mitleids; Freude sah man auf den Gesichtern über unsere Gefangenschaft.“ Viele „jubelten geradezu“ über die große Zahl der „großmäuligen Freiheitsschwindler“, die sich in der Gewalt des Militärs befanden, und führten gegenüber den vom langen Marsch und infolge zahlloser Übergriffe seitens der Soldaten abgerissenen Berlinern „schändliche Reden“ wie: „Landesverräter! Vagabonden! Haut sie!“ „Schlagt die Hunde todt, sie sind das Brodt nicht werth, das sie fressen!“ „Preßfreiheit wollt ihr! das ist sie! Die Kasematten!“ Die Berliner Gefangenen mußten außerdem „zwischen den Einwohnern hindurchmarschiren, die sich“, klagten der Fabrikaufseher Carl Fr. Eduard Kühn und fast im selben Wortlaut zahlreiche weitere Gefangene, „durch Schimpfen, Schmeißen mit Unflath und Bespeien“, nach einzelnen Aussagen auch mit Steinen, „an uns ergötzen.“ Von den sie begleitenden Militärs wurden die Gefangenen „absichtlich über eine offene Schleuse geführt, welche tief mit Koth angefüllt war, und unter allgemeinem Gelächter zogen wir die Hineingestürzten wieder mit heraus.“

Zum sozialen Stand des kleinstädtischen „Pöbels“ machten die Gefangenen nur ausnahmesweise Angaben: In Charlottenburg, gab der Barbier-Gehilfe F. E. Louis Bergener später zu Protokoll, war es „namentlich der Schlächter der feinen Fleischwaarenhandlung“, der sich hervortat. In Spandau „war es ebenfalls ein Schlächter, welcher mit der Peitsche nach uns hieb“. Auch „Knechte hieben mit Peitschen zwischen uns und schrien: ‘Das ist schön Grobzeug, die Hunde müßten einer nach dem andern todtgeschossen werden““, berichtete ein anderer gefangener Barrikadenkämpfer, der Dach- und Schieferdeckergeselle Friedrich Maneck. Wieder andere sprachen unbestimmt von „Bürgern“, die die Berliner mit Hohn und Spott übergossen hätten. Offenbar, so läßt sich aus diesen wenigen Angaben vorsichtig schließen, unterschied sich der Charlottenburger und Spandauer Mob in seiner sozialen Zusammensetzung nicht entscheidend von den Objekten der Anfeindungen, den Berliner Gefangenen bzw. generell den Barrikadenkämpfern des 18. März. Besonders „aktiv“ waren anscheinend Angehörige der Charlottenburger und Spandauer Unter- und Mittelschichten.¹⁴

Endlich in der Festung Spandau angelangt und „gänzlich erschöpft“, manchmal „todesmatt“, wurden die Gefangenen in die kalten, feuchten Kasemattenzellen geworfen, trotzdem „froh“, den „gemeinsten Schimpfreden und Ekelnamen“ der Spandauer entronnen zu sein. Am späten Nachmittag

des 19. März, nachdem in Berlin längst Waffenstillstand geschlossen und der Abzug der Truppen angekündigt war, wurden die Gefangenen in kleinen Gruppen freigelassen, und konnten (wie Roerdanz ironisch formulierte) endlich „dem gastfreien Spandau den Rücken kehren“. Mit der Eisenbahn durften sie nicht zurückfahren; stattdessen mußten die „Jammergestalten“ todmüde und mit zerschlagenen Gliedern über Umwege zu Fuß den langen Weg nach Berlin zurückgehen. Dort allerdings, berichtete der Musiklehrer Robert Voigt, präsentierten die bewaffneten Barrikadenkämpfer „überall das Gewehr vor uns“¹⁵.

Der Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung und die Bürgerschaft von Spandau suchten in einer öffentlichen Bekanntmachung einen Tag später „mit tiefster Indignation das Gerücht“ zu dementieren, daß derartige Vorfälle vorgekommen seien und erklärten, nachdem der Sieg der Berliner Märzrevolution feststand: „wir begrüßen einstimmig den politischen Fortschritt unseres Vaterlandes“. Eine im Tenor gleichlautende Erklärung veröffentlichten am 24. März 1848 auch drei Charlottenburger namens „der Bürgerschaft“. Sie besaßen die Stirn, die zahllosen Berichte (die wenig später dann von Roerdanz schriftlich aufgezeichnet wurden) als „lügenhafte Gerüchte“, „verabscheuungswürdige Beschuldigungen“ und „böswillige Verläumdung“ abzutun.¹⁶ Vom Gros der Berliner Bevölkerung, die schon recht bald über den Leidensweg des 700köpfigen Gefangenenzuges nach Spandau informiert worden war, wurde diese Erklärung freilich als scheinheilig abgetan. In der Folgezeit schwelte der Konflikt weiter. Bemühungen der Berliner Demokraten seit Juni 1848, den Riß zwischen Hauptstadt und Provinz zu kitten, fruchteten nicht - jedenfalls nicht gegenüber dem unmittelbaren Umland.¹⁷

Unübersehbar zeigte dies bereits der 6. August, der Tag, an dem nach einem Erlaß des Reichskriegsministers, des preußischen Generals v. Peucker, dem Erzherzog Johann als dem kurz zuvor von der Deutschen Nationalversammlung eingesetzten Reichsverweser „gehuldigt“ werden sollte. Die preußische Krone, und mit ihr die konservative Bewegung des Landes, hatte dies entschieden abgelehnt, weil sie in der angeordneten Huldigung eine „weiche“ Form des Eides der Armee auf das neue, provisorische deutsche Staatsoberhaupt sah. Sie wollte sich die Verfügungsgewalt über die Armee auf keinen Fall von der Frankfurter Reichszentralgewalt entwinden lassen.

Der demokratischen Bewegung Berlins, die ansonsten den „deutschen Problemen“ wenig Aufmerksamkeit schenkte, war die Verweigerung der Huldigung durch die preußische Krone ein Anlaß, Engagement für der nationalen Einigung unter demokratischen Vorzeichen an den Tag zu legen und am 6. August unter teils schwarz-rot-goldenen, teils auch roten Fahnen eine größere Demonstration durchzuführen, an der nach unterschied-

lichen Angaben zwischen 7000 und 20 000 Menschen teilnahmen. Aber auch die Gegenseite blieb nicht untätig. Da die Konservativen es nicht wagten, angesichts der numerischen Stärke der demokratischen Bewegung Berlins in der Hauptstadt selbst zu demonstrieren¹⁸, wichen sie nach Tempelhof aus, damals ein kleiner Ort von achthundert Einwohnern, um von dort zum Kreuzberg zu marschieren, den sie relativ kurze Zeit vor ihren Kontrahenten erreichten.

An der Gegendemonstration, als deren Veranstalter der den konservativen Vereinen Berlins eng verbundene „Teltower Bauern-Verein“ (in dem entgegen der Namensgebung freilich adlige Großgrundbesitzer das Sagen hatten) auftrat, nahmen nach Angaben der linksliberalen „National-Zeitung“ vom 8. August lediglich mehrere hundert, nach Angaben der hochkonservativen „Neuen Preußischen Zeitung“, besser bekannt als Kreuzzeitung, vom gleichen Tage immerhin 2400 Personen teil, „bewaffnet“ mit zahlreichen schwarz-weißen Fahnen sowie „Stäben mit dem Zeichen und Wahlspruch des eisernen Kreuzes“. Am 6. August suchten „schwarze“ Provinz und „rote“ Hauptstadt in getrennten Demonstrationen politisch Flagge zu zeigen¹⁹ und gleichsam in einer friedlichen Heerschau dem Gegner zu imponieren. So friedlich blieb es jedoch nicht. Im gleichen Monat kam es zu handgreiflichen Konfrontationen zwischen beiden Lagern.

Der „ultra-reactionäre“ Überfall auf die Charlottenburger Demokraten am 20. August 1848

Ein erster direkter Zusammenprall zwischen demokratischen Berlinern und konservativen Charlottenburgern datiert vier Tage vor den erwähnten Demonstrationen, auf den 2. August. Am Nachmittag diesen Tages waren etwa zweihundert Studenten und ebensoviele Arbeiter und Gesellen mit einer großen deutschen Fahne nach Charlottenburg gekommen und hatten patriotisch-deutsche Lieder gesungen (u.a. „Was ist des Deutschen Vaterland“). Eine größere Charlottenburger „Volksmenge“, darunter „viele hiesige Arbeiter, Gesellen und Lehrburschen“ sowie „eine nicht unbedeutende Anzahl Militairpersonen“, beschimpfte die Demonstranten zunächst bloß verbal. „Man pfiiff und schrie: ‘Herunter mit der Fahne!’“ Dessen ungeachtet zogen die Berliner Demonstranten singend, „aber wohlgeordnet und ruhig weiter.“ Gerade dies erregte jedoch „den Unwillen des mitziehenden [Charlottenburger] Volkshaufens“. Als die Berliner sich zurückzogen, wurden sie (heißt es im Polizeibericht lakonisch) „mit scharfkantigen Steinen, zur ersten Lage für den Boulevard bestimmt“, beworfen. „Die sehr schweren Steine, vielleicht von einem 1/4 Zoll im Durchmesser, kamen in Unmassen geflogen“ und verwundeten einige der Demonstranten leicht²⁰. Die Nachrichten über die „näheren Details“ der „in Charlottenburg

vorgefallenen Verwundungen“ erregten wiederum in Berlin unter dem schon vorher gegen das konservative Städtchen „entzündeten Volke böses Blut“. Eine große Menschenmenge zog noch in der gleichen Nacht gegen 23 Uhr „in geschlossenen Reihen [und] in vollkommener Ruhe und Ordnung“ zum preußischen Kriegsministerium, um wegen der Charlottenburger Ereignisse „Genugthuung zu verlangen“. Das Gebäude freilich war abgedunkelt und blieb verschlossen. „Man trommelte dagegen, ‘das Volk von Berlin begehrt Einlaß!’, aber das Volk von Berlin bekam keinen Einlaß“, kommentierte die National-Zeitung vom 4. August ironisch. Bürgerwehr stellte wenig später „die Ruhe wieder her“.

Der Charlottenburger Magistrat und das dortige (dem Berliner Polizeipräsidium unterstellte) Polizei-Amt gossen mit einer, einige Tage nach dem Vorfall in der Berliner Tagespresse veröffentlichten gemeinsamen Bekanntmachung Öl in die Glut, die sich allerdings erst gut zwei Wochen später entzünden sollte. Beide Behörden sprachen nämlich von „gesinnungstüchtigen Bürgern“ Charlottenburgs und „böswilligen Angriffen“ - nicht auf die Studenten der preußischen Hauptstadt und ihre Anhänger, sondern auf die Bürgerschaft Charlottenburgs. Der Angriff auf die Berliner nebst samt zahlreichen Steinwürfen wurde zwar nicht grundsätzlich in Abrede gestellt; er habe „leider nicht verhindert werden“ können. Wenn der Charlottenburger Magistrat sich jedoch gleichzeitig mit Blick auf die „politische Gesinnung“ gegen „Verdächtigungen“ und „falsche Urtheile“ verwahrte²¹, dann geschah dies augenscheinlich wider besseres Wissen. Seine Feststellungen wurden denn auch keine drei Wochen später eindrucksvoll widerlegt. Die Vorgänge vom 2. August waren nämlich nur der Auftakt und harmlos im Vergleich zu dem, was sich zwischen beiden Städten am 20. August abspielen sollte.

Am 12. August hatten sich in Charlottenburg mehrere, meist jüngere Männer getroffen, um hier einen „Demokratischen Verein“ ins Leben zu rufen. Angesichts der in dieser Stadt herrschenden konservativen Grundströmung - die Demokraten sprachen von „Ultra-Reactionärs“ - hatte man vorher diesen Schritt nicht gewagt.

Vor und unmittelbar nach der Gründung gingen „von allen Seiten dem Vereine geheime Warnungen und Drohungen zu“. Die Mitglieder des neuen Klubs, unter ihnen die drei Brüder und Junghegelianer Bruno, Edgar und Egbert Bauer²², glaubten indessen, nichts befürchten zu müssen, „da sich der Verein auf dem Rechtsboden befand und nur von der Erlaubniß, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen versammeln zu dürfen“, Gebrauch machte.“²³

Aber selbst wenn die Charlottenburger Demokraten die Drohungen ernst genommen hätten: Daß es bei ihrem zweiten Treffen eine gute Woche später, am 20. August, zu brutalen Überfällen mit pogromartigem

Charakter kommen würde, wäre auch dann kaum vorauszusehen gewesen. „Wohl wissend“, so der „Publicist“ vom 22. August, dessen Korrespondent die Vorgänge sorgsam recherchiert hatte, „daß das Volk Charlottenburgs am leichtesten zu reizen ist gegen Gottes- und Königsleugner, wurde es in den Glauben gesetzt, die Mitglieder des Klubs glaubten an keinen Gott und wollten den König absetzen.

Was war natürlicher, als daß man solche Leute, als Antichristen und Hochverräther, verfolgen und ausrotten zu müssen meinte. Gelegenheit dazu gab die auf den Sonntag Vormittag [den 20. August 1848] verabredete Sitzung des demokratischen Klubs in einem öffentlichen Lokale zu Charlottenburg. Um diese Sitzung zu verhindern, hatte sich eine zahlreiche Menge Volks vor dem betreffenden Lokale aufgestellt, verwehrte den Mitgliedern des Klubs, welche sich einfanden, den Eintritt, und trieb sie höhnisch und schimpfend zurück. Da sich die Nachricht von diesem gewaltsamen Eingriffe in das allen Preußen gewährleistete Recht der freien Vereinigung schnell verbreitete, so zogen es die bedrohten Demokraten natürlich vor, in ihren Wohnungen zu bleiben. Aber auch hier sollten sie nicht sicher sein. Die versammelte Menge, aus Bürgern, Arbeitern und Lehrlingen bestehend, als sie sahen, daß ihre Opfer ihnen nicht in die Hände gelaufen kamen, und sich immer mehr erhitzend, nahm dem Vorschlag eines einzelnen: 'man müsse die Kerle aus ihren Wohnungen holen', mit Beifallsgeschrei auf... Bruno Bauer's Haus war das erste Ziel, wohin sich der Strom wälzte. Unter Schreien und Lärmen drang man in seine Wohnung, ergriff zunächst seinen Bruder Edgar und schleifte ihn nach der Straße hinaus. Bruno Bauer versuchte vergeblich, seinem Bruder beizustehen; er mußte selbst nach dem Keller flüchten, ohne aber hier Schutz zu finden, denn man suchte ihn auf und schleppte ihn unter Stößen und Püffen nach der Straße hinaus. Hier fiel man mit einem Hagel von Stockschlägen über ihn her, so daß er zu Boden fiel.“

Das war erst der Anfang. Um das Weitere zu erfahren, soll ein Augenzeuge, zugleich Mitglied des Charlottenburger Demokraten-Vereins zu Wort kommen. Dessen unmittelbar nach den Ereignissen abgefaßter Schilderung ist Parteilichkeit und emotionale Aufgewühltheit freilich deutlich anzumerken.²⁴

„Ich befand mich mit noch einigen Mitgliedern bei dem Buchhändler Egbert Bauer“, dem dritten der Brüder Bauer. „Da stürzte plötzlich die Frau des Kaufmann Jacobi zu uns in's Zimmer und berichtete unter herzerreißendem Jammergeschrei, daß man ihren Mann soeben aus dem Jägerhäuschen [in einer so benannten Weißbierbrauerei] gebracht habe, aber so zerschlagen, daß der Arzt an seinem Aufkommen zweifle. Noch hatten wir uns von unserem Schrecken nicht erholt, als drei Mitglieder hereintraten, mit zerschlagenen, furchtbar entstellten Gesichtern, mit Löchern in den Köpfen, und der Eine einem fast heraushängenden Auge. Die Kleider waren ihnen vom Leibe gerissen und die

Körper starrten von Blut. Die Unglücklichen waren, auf die Mitteilung, daß kein Lokal zur Zusammenkunft vorhanden sei, von einer, ihnen bei weitem überlegenen Anzahl ihrer politischen Gegner ohne Weiteres mit Stuhlbeinen, Stöcken und anderen Instrumenten so grauenhaft mißhandelt worden. Sie erzählten, daß sich noch mehrere Vereins-Mitglieder im Jägerhäuschen befänden, die ebenso schrecklich zugerichtet seien, und von der mehr als unmenschlichen Behandlung des Kaufmanns Jacobi konnte man nicht Schreckliches genug erzählen. Ein junger Mann von 20 Jahren, der ebenfalls harmlos in das Jägerhäuschen gekommen war, wurde sogleich von der viehischen Rote niedergeschlagen und dann in den Keller gesperrt. Hier brachte ihm ein Mädchen Wasser, um sich das Blut abzuwaschen. Als dies geschehen war, kam der Schreiber Wiedemann zu ihm in den Keller und forderte ihn auf, wieder [nach] oben zu kommen; es solle ihm Nichts geschehen. Zitternd folgte der junge Mann. Im Zimmer angekommen, verlangte Wiedemann von ihm, er solle erklären, ob er an Gott glaube und dem König treu bleiben wolle. Der junge Mann sagte hierauf, er habe das ja noch nie geläugnet, worauf er wieder fürchtbare Prügel bekam und dann auf die Straße geworfen wurde. Noch ein anderes Mitglied des Vereins konnte sich nur dadurch retten, daß er dem Verlangen der Todtschläger nachgab, die linke Hand auf's Herz zu legen und drei Finger der rechten Hand zu erheben, wo er dann schwören mußte: an Gott zu glauben, dem Könige treu zu bleiben und nie wieder unter die Republikaner zu gehen... Das war das Vorspiel, jetzt kommt die eigentliche Mordscene. Die so schwer Verwundeten waren bei [Egbert] Bauer geblieben, und dieser beschäftigt, die Namen der Schläger aufzuschreiben, um die gerichtliche Verfolgung einzuleiten. Ich hatte mich zu meinem Glücke entfernt und war zu einem mir befreundeten Kaufmann... gegenüber gegangen. Hier war ich kaum zehn Minuten, als ein fürchterliches Jammergeschrei und Hilferuf zu meinen Ohren drang. Erschrocken wandte ich mich nach dem Fenster, und nun stellte sich mir eine Scene dar, die mir das Blut erstarren machte. Wohl zweihundert Kerle in Hemdeärmeln [und] mit Knütteln bewaffnet, waren in den Bauerschen Laden [die Verlagsbuchhandlung Egbert Bauers, nicht zu verwechseln mit der oben erwähnten Wohnung Bruno Bauers - R.H.] eingedrungen. Sämmtlich darin Befindliche wurden unter schrecklichem Geschrei bei den Haaren herausgeschleift, auf der Straße niedergeworfen und hier mit Knütteln geschlagen, daß es einen Stein erbarmen mußte. Einige Unglückliche suchten sich durch die Flucht zu retten; sie wurden aber von der ganzen Rote im vollen Trabe verfolgt, eingeholt, und, vor den Augen des zum Appell versammelten Militairs, fürchterlich gemißhandelt. Die Soldaten hätten „wie eine Mauer“ gestanden und zugesehen, „wie die Straßenräuber in viehischer Lust gegen ihre Opfer wütheten.“

Die „Todtschläger“, so der Augenzeuge weiter, „hatten sich eine Liste sämmtlicher Mitglieder des Vereins zu verschaffen gewußt, sogar mit Angabe

der Wohnungen. Nun drangen sie in alle Häuser, wo Mitglieder wohnten, mißhandelten dieselben aufs Grausamste... Auch viele Personen, die niemals zum Verein gehört hatten, wurden mißhandelt.“

Die Charlottenburger Bürgerwehr, wie ihr Berliner Pendant in den ersten Tagen nach der Märzrevolution als städtische Ordnungsmacht ins Leben gerufen, spielte eine unrühmliche Rolle.

„Der Kommandirende der Bürgerwehr ließ zwar Generalmarsch schlagen, doch fand sich nur wenig Mannschaft ein, da ein Theil bei dem Skandale selbst Theilnehmer und Anführer war... ein anderer Theil als müßige Zuschauer mit innerer Befriedigung den brutalen Gewaltthaten beiwohnten. Der geringe Theil der Erschienenen dagegen zeigte nicht den genügenden Ernst, für Ordnung und Gesetz einzustehen, sondern begnügte sich damit, die öffentlich Geschlagenen und Geschändeten, als Exekutoren der herrschenden Pöbelgewalt, nach dem Schulhause abzuführen, das man zugleich zum Lazareth und Detentionshaus umgeschaffen hatte.“

Erst nach dem Pogrom, in den Worten der liberaldemokratischen Berliner Zeitschrift „Der Publicist“: „als das Verbrechen vollständig vollendet [war], als die ‘Demokraten’ geschlagen, verhaftet oder entflohen waren, schickte man einzelne schwache Bürgerwehrrpatrouillen durch die Straßen.“²⁵

„Ein Schrei der Entrüstung“: die Empörung in Berlin über die „Charlottenburger Vesper“ und der Sturm auf das Ministerhotel am 21. August 1848

In der Verurteilung der gegenrevolutionären Tumulte in Charlottenburg war sich die bürgerliche Öffentlichkeit Berlins weitgehend einig. Der „Publicist“ sprach von einem mit „kannibalischer Rohheit“ durchgeführten „Attentat gegen die Freiheit der Person und der Meinung, dessen niederträchtige Brutalität den Bürgern Charlottenburgs zur unauslöschlichen Schmach gereichen muß.“²⁶ Die linksliberale National-Zeitung versicherte ihren Lesern, „nichts Ähnliches von thierischer Rohheit und Niederträchtigkeit ist uns bisher bekannt.“²⁷ Selbst die Spenersche und die Vossische Zeitung sprachen ihre „höchste Mißbilligung“ aus²⁸.

Lediglich die Kreuzzeitung als das Sprachrohr der Konservativen lobte „die energische Art, wie die Charlottenburger sich ihrer Demokraten entledigt hatten“. Sie sprach von einer „Lehre“ durch die „braven Charlottenburger“ und bagatellierte die Ereignisse zu einem „kleinen Denkkettel“²⁹. Stärker noch als die Presse versetzte die „Charlottenburger Vesper“ die Berliner Bevölkerung in Erregung. Am Abend des 20. August wurden die ersten Nachrichten über die Vorfälle bekannt.

Ein Teil der aus Charlottenburg geflohenen Demokraten, unter ihnen die Gebrüder Bauer, begab sich zunächst in das Klubhaus des Berliner

Demokratischen Klubs, um dem hier versammelten, eingangs erwähnten Kreiskongreß der Demokraten der Mark Brandenburg „über das abscheuliche Ereigniß Mittheilung“ zu machen. Kaum hatten sie in knappen Worten über das Erlebte berichtet, hörte man zunächst „nur noch ein wildes Schreien und Toben und hundert Fäuste zugleich ballten sich gegen die Hekate Charlottenburg.“ Erst nach längerer Zeit gelang es den Delegierten, Beschlüsse zu fassen. Eine Deputation wurde zum Justiz-Minister „Kühlwetter geschickt, der auch schleunige Maßnahmen zum Schutze der noch immer bedrohten Männer Charlottenburgs, die in den Geruch des Demokratismus gekommen waren, zusagte. Bis abends 11 Uhr war jedoch [seitens der Behörden] noch nichts Sichtbares geschehen, während in Charlottenburg noch dumpfe Gerüchte umliefen, daß während der Nacht noch mehrere aus den Betten geholt werden sollten.“³⁰

Für die Behörden und das ordnungsliebende Bürgertum Berlins weit bedrohlicher als die Deputation der Delegierten-Konferenz der Demokraten Brandenburgs an den preußischen Innenminister war, daß „unter den Berliner Arbeitern die unseligen Charlottenburger Vorfälle eine große Erbitterung erzeugt haben“.

Auf zwei Volksversammlungen, die am Nachmittag des 20. August in Berlin stattfanden, riefen die ersten Nachrichten über die Charlottenburger Ereignisse „einen wahren Wuthsturm hervor; die Menge wollte sogleich nach Charlottenburg ziehen, um Selbsthilfe und Rache zu üben für den der demokratischen Parthei angethanen Schimpf. Nur mit Mühe ließ sich die Menge beschwichtigen, aber sie wartete nun darauf, daß auf gesetzlichem Wege etwas geschehe und - schnell geschehe, um die persönliche Sicherheit der demokratisch Gesinnten in Charlottenburg zu schützen, die Urheber der stattgefundenen Verbrechen zu bestrafen und die schuldbaren Behörden zur Verantwortung zu ziehen.“³¹

Beide Volksversammlungen lösten sich auf, ohne daß es am 20. August zu Zwischenfällen kam. Die Stimmung blieb jedoch äußerst gereizt. Rechtfertigungsversuche des Charlottenburger Magistrats, in einer Bekanntmachung vom 21. August, fanden in Berlin, nicht nur unter Demokraten, erneut keinen Glauben, zumal jedes Wort der Selbstkritik und Entschuldigung fehlte und die fanatisierten Charlottenburger als eine, „für eine gute Absicht enthusiasmirte Menge“ bezeichnet wurden, „welche bei ihrem gesunden Sinne und der Liebe zu ihrem König“ in dem „Treiben“ des Demokratischen Klubs Charlottenburg „nur republikanische Tendenzen zu finden glaubte.“³²

Bereits am frühen Morgen des darauffolgenden Tages „sah man im Kastanienwäldchen [nahe dem Berliner Zeughaus] viele Menschen sich versammeln, welche an ihren Hüten weiße Zettel mit der Inschrift trugen: ‘Keinem Charlottenburger etwas abkaufen!’ Es gilt hier nämlich

als Axiom, daß Charlottenburg hauptsächlich von Berlin existiert.“³³ Die Entrüstung, die in der preußischen Hauptstadt gegen die nach Berlin und Potsdam dritte Residenz der Hohenzollern und deren Bewohner herrschte, ließe sich (so die Vossische Zeitung) „kaum beschreiben. Alle Kreise, selbst die Männer der entgegengesetzten Partei, theilen diese Entrüstung.“³⁴ An den Straßenecken war ein Plakat des Demokratischen Klubs angeschlagen, worin dieser u.a. die Charlottenburger beschuldigte, „die Unordnungen durch ihre Rath- und Thatlosigkeit unterstützt“ zu haben und „sogar billigend den Frevlern beigeprungen“ zu sein; einzelne „Beamte“ hätten gar „eine bezahlte Rotte des Charlottenburger Volkes“ zu „viehischer Wuth aufgereizt“.

*Das Plakat endete mit den Worten: „Mitbürger! werdet Ihr endlich Eure Augen aufthun? Werdet Ihr endlich einsehen, daß eine Verwörung gegen Eure Freiheit besteht, welche in teuflischer Eigensucht Euch schwächen, demüthigen und Alles, was Ihr errungen, Euch entreißen will? [...] Wer ist zur Rechenschaft zu ziehen? Nicht bloß an einem einzelnen Punkte ist einzuschreiten, nicht bloß einzelne untergeordnete Frevler sind zu bestrafen, nicht auf Gerichte ist zu vertrauen, nicht auf Behörden, die mit den Feinden alles Edlen in Verbindung stehen und uns mit Hohn abweisen. Nein, das Uebel ist an seiner Wurzel anzugreifen und die Unfähigen oder Böswilligen, welche sich nur deshalb an unsere Spitze stellen, um uns des Namens Mensch unwürdig zu machen, sie, sie sind ihrer ehrlos angewandten Macht zu berauben.“*³⁵

Ähnlich dieser fanden sich an Gebäuden zahlreiche weitere „Verrufserklärungen“ demokratischer Couleure angeschlagen. Sie heizten die Atmosphäre beträchtlich an. „Wohin wir hörten“, berichtete ein Korrespondent der National-Zeitung, „wurde die höchste Wuth laut gegen das ‘Lumpennest Charlottenburg’“. Und zur Stimmung, wie sie sich auf den Straßen kundtat: „[D]as Volk müsse selbst seine Justiz üben, hieß es, Recht und Gerechtigkeit gebe es doch bei den Behörden und Gerichten nicht mehr; ... noch sei nicht einmal ein Charlottenburger verhaftet; ohne weiteres müßten die Berliner diese Kerls aufhängen.“³⁶

Am folgenden Tag kam es zu Verhaftungen konservativer Charlottenburger - offenbar vor allem, um die aufgeregte Berliner Öffentlichkeit zu beruhigen. Nach einer Bekanntmachung Bardelebens vom 22. August seien „sechzehn Personen der Thäterschaft bereits so weit überführt worden, daß deren Verhaftung hat verfügt werden können.“ Zwölf von ihnen wurden am 24. August inhaftiert, jedoch bereits am 25. August wegen angeblicher Geringfügigkeit ihrer Vergehen wieder freigelassen.³⁷

Am Abend des 21. August, etwa gegen 20 Uhr, „begannen vor dem Opernhaus sich Gruppen zu bilden und noch ehe die Dunkelheit völlig hereingebrochen war, stand eine Volksmenge, wenigsten 5- bis 6000 Köpfe stark, hier beisammen. Eine andere Versammlung, Herrn Held³⁸ mit dem

Socialklub [einem der zahlreichen demokratischen Vereine des Revolutionsjahres - R. H.] an der Spitze, hatte sich auf dem Dönhofsplatz aufgestellt und setzte sich von hier aus mit der Versammlung am Opernplatz in Verbindung.“

Dort berichtete ein Demokrat „die Charlottenburger Vorfälle ausführlich; ‘es sei zwar eine Schande, aber er habe es der Wahrheit wegen gethan - er habe sich für ein Mitglied des hiesigen Preußenvereins ausgegeben, um von einem Bürger von Charlottenburg (dessen Namen er nannte) einen getreuen Bericht zu erfahren’. (Bravo!) Die Details seines Berichts waren wirklich schauderhaft“. Danach sprachen der deutsch-katholische Prediger Rudolph Dowiat³⁹ sowie weitere Redner aus der demokratischen Bewegung Berlins „unter großem Beifall der Menge“, daß seit der Pariser Junirevolution ein „blutiges Gewebe der Reaction“ von Trier bis Königsberg das ganze Land umfasse“. Alle Redner endeten mit der Forderung, „unter dem jetzigen Ministerium sei nichts für die Freiheit zu hoffen, es müsse abdanken; sogleich solle das Volk diesen seinen Willen kund thun. Mit ungeheurem Jubel wurde dieser Vorschlag aufgenommen“.

Zunächst suchten die „ungeheuren Menschenmassen“ wie schon am 2. August erneut das in ihren Augen „zuständige“ Ministerium auf, diesmal allerdings nicht das Kriegs-, sondern das Justizministerium. Dort protestierte die Menge nicht nur gegen die Übergriffe in Charlottenburg; darüber hinaus verlangte sie die Freilassung der inzwischen wieder zahlreichen politischen Gefangenen. Nachdem den Demonstranten mitgeteilt wurde, daß der Justizminister Märcker „beim Ministerpräsidenten von Auerswald (gerade gegenüber) zur Soiree sich befinde“, wurde „sofort gegen das Auerswald’sche Hotel Front gemacht.“

„Eine Deputation begab sich nach dem Hause hinein, hatte eine Unterredung mit Herrn Märcker, der jedoch die ebenso natürliche als gerechtfertigte Antwort gab, daß er keine Ermächtigung habe, Gefangene zu entlassen, die auf richterlichen Befehl oder gar auf richterlichen Spruch sich in Haft befänden, da der Richterstand unabhängig sei und ein Eingreifen des Ministeriums in keiner Weise statthaben könne.“ Während dies im Innern geschah, (so die Vossische Zeitung) „erschieden plötzlich (während sich bis dahin schon seit einer Stunde keine obrigkeitliche Person hatte blicken lassen) etwa 15 bis 20 Constabler auf der Auffahrt des Hotels, welche sich vom Wilhelmsplatz aus an solches herangeschlichen hatten. Diese erregten schon durch ihr Erscheinen eine sehr widerwärtige Stimmung, dieselben erlaubten sich aber..., während die Deputation noch mit den Ministern unterhandelte, ohne irgendeine vorhergegangene Warnung, ohne irgendein Signal mit ihren Säbeln scharf auf die gedrängte Volksmasse einzuhauen.“

„Die Masse des Volks nahm sogleich auf ihre Weise an dem Kampfe theil; man riß das Pflaster auf, in kurzer Zeit waren alle Fenster der unteren Etage

zertrümmert, auch in das erste Stockwerk sind große Steine geflogen.“ Im Innern des Gebäudes trug sich derweil folgendes zu: Die fünfköpfige Deputation, unter ihnen Edgar Bauer und Dowiat, (so lautete ein Bericht in der National-Zeitung) hatte ihr Anliegen vorgetragen und vom Justizminister die erwähnte Abfuhr erhalten.

„Die zahlreich von Deputirten [der Preussischen Nationalversammlung], Gesandten, hohen und niederen Beamten aus dem Civil- und Militairstand, von Gelehrten und Gewerbetreibenden besuchte Soirée in den oberen Hotels, von lebhafter Unterhaltung über die Ursachen des unerwarteten Attroupments begriffen, wurde plötzlich durch einige faustgroße Steine überrascht, welche klirrend durch die Doppelfenster bis in die Mitte des Zimmers flogen. Als ihnen in rascher Reihenfolge bald mehrere und größere Stücke folgten, deren einige sogar die gegenüberliegende Wand erreichten, zog sich die ganze Gesellschaft in die hinteren Zimmer zurück. Bald war keine Scheibe mehr ganz. Zu gleicher Zeit donnerten unten Steine aus dem Straßenpflaster mit fürchterlicher Gewalt gegen die geschlossene Hausthür und die Laden des Erdgeschosses. 10 bis 12 Konstabler hatten sich, größtentheils verwundet, in das Haus zurückgezogen: Wiewohl Herr von Auerswald mit seiner unerschütterlichen Ruhe überallhin seinen Gästen die Überzeugung aussprach, daß der Vorfall nur ein augenblicklicher Ausbruch der Aufgeregtheit sei, welche die bewegte Zeit mit sich bringe; – dem gesunden Kern des Volkes sei eine ernstliche Störung der Ruhe ohne genügenden Grund nicht zuzutrauen, man möge den freilich unpassenden Muth Einzelner nicht höher [ver]anschlagen, als er es verdiene, – so wünschte doch ein Theil der namentlich in der Nähe wohnenden Gäste, zur Beruhigung ihrer Familien heimzukehren, und entfernte sich, da die fortwährend bombardirte Hauptthür nicht zu passiren war, durch die Seiten-Thür des Gebäudes. Die große Gestalt des englischen Gesandten sah man neben der kleinen, leichten des türkischen hinausschreiten.“

Vor dem Gebäude und die ganzen „Linden“ entlang „wurden mit einer kaum begreiflichen Riesenkraft die mannesstarken, steinernen Pfeiler umgerissen, die in solchen befindlichen eisernen Stangen wurden herausgebrosen und zur Aufreißung des Pflasters gebraucht; die Rampen in der Wilhelmstraße wurden ebenfalls demolirt, die hohen eisernen Laternenpfähle wurden in einem Augenblick wie Strohhalme umgeknickt und der Gasstrom, der aus den abgebrochenen Gasröhren hervorquoll, wurde an mehreren Stellen angezündet, so daß die Flammen hoch emporloderten“, ein in der Dunkelheit, die inzwischen hereingebrochen war, sicherlich je nach Standpunkt eindrucksvoller oder schreckenerregender Anblick. „Ihren Rückzug unter den Linden entlang nehmend, setzte die zerstörungswüthige Menge auch hier den sinnlosen Vandalismus fort, indem sie die Bänke zerbrach und die eisernen Stangen aus der Barriere brach.“ An „fast allen Ecken“ bildeten sich „aufgeregte Volkshaufen“. Vereinzelt wurde mit

dem Bau von Barrikaden begonnen. In dieser Situation erschien dann die Bürgerwehr mit starken, wohl mehrere tausend Mann zählenden Mannschaften und „säuberte“ die Straßen, ohne auf größeren Widerstand seitens der Demonstranten, die spontan und letztlich ziellos handelten, zu treffen. „Um Mitternacht war alles wieder ruhig“. 58 Personen wurden verhaftet; 46 davon in das Kriminal-Gefängnis gebracht. Sie gehörten „sämmlich dem Stande der Handwerker und Arbeiter an“ und waren überwiegend jugendlichen Alters.⁴⁰

In den folgenden Tagen wuch die Empörung nur langsam. „Die Szenen von Charlottenburg und vor den Minister-Hotels“ bildeten, so etwa die National-Zeitung vom 24. August 1848, weiterhin den „Gegenstand aller Unterhaltung. Von der einen Seite schreit man gegen die Reactionärs, von der anderen gegen die Anarchisten“. Die meisten Demokraten Berlins sprachen, wenn die Rede auf die Charlottenburger Ereignisse kam, von „bezahlten Subjekten“, von „trunken gemachten Arbeitern“ oder einer „Horde Bestien“, denen man „Geld und Branntwein, so viel sie trinken wollten“, gegeben habe⁴¹. Sie vermuteten eine preußenweite Verschwörung, ein „blutiges Gewebe“ der Reaction, - und merkten nicht, daß sie damit in den gleichen Klischees, nur unter anderem politischen Vorzeichen, dachten wie viele Konservative, denen namentlich die Barrikadenkämpfer des 18. März gleichfalls verführte, bezahlte und alkoholisierte Subjekte und die Märzrevolution sowie der Zeughaussturm von Franzosen, Polen und Juden gesteuerte „Emeuten“ waren. Die Frage nach den Gründen, warum in vielen kleineren Städten die demokratische Bewegung so mit Haß bedacht wurde und wie man dieser Feindschaft vielleicht entgegenwirken könne, wurde nicht gestellt. Insofern verwundert es auch nicht, daß die Berliner Demokraten zu mehr als moralischer Empörung und einer hilflosen Kritik am Staatsministerium nicht fähig waren. Symptomatisch in dieser Beziehung war der Verlauf einer Volksversammlung am 23. August, zu der alle demokratischen Vereine Berlins aufgerufen hatten.

Zahlreiche Redner wetterten wortreich gegen die „Reaktion“ und drohten mit einer „zweiten Revolution“. Die Versammlung endete mit einer pathetischen „Eidesformel“, die, von einem Redner vorgetragen, von der ganzen Versammlung nachgesprochen wurde: „Wir... verpflichten uns in jeder Beziehung, den Freiheiten unserer berühmten, glorreichen Revolution förderlich zu sein und dieselben vor jedem schändlichen Angriffe zu schützen... Wir schwören, mit Gut und Blut dafür zu sorgen.“⁴²

Manfred Gailus hat in seiner großen Studie zum sozialen Protest 1847 bis 1849 darauf hingewiesen, daß in Charlottenburg ein „optimales Milieu“ für gegen die demokratische Bewegung gerichtete „Thron und Altar“-Unruhen bestand: überwiegend monarchistische, zudem stark kirchlich geprägte „ächt preußische“ Einwohner, die höchst erzürnt über die mit

der Märzrevolution dem König angeblich bereitete „Schmach“, alle bösen Gerüchte über „Revolution“ und „Demokratie“ zu glauben bereit und 1848 zu „Demokratenfressern“⁴³ geworden waren, dazu eine passive lokale Obrigkeit sowie schließlich eine Bürgerwehr, die zwar - wenn auch verspätet - mobilisiert wurde, aber nicht einsatzfähig war, weil nur ein Bruchteil der Bürgerwehrleute auch tatsächlich auf der Bildfläche erschien.

Ein Ring gegenrevolutionärer Aktionszentren um die Revolutionsmetropole Berlin und der Sonderfall Potsdam

Indessen war der Charlottenburger Überfall vom 20. August⁴⁴ nur ein besonders eklatanter Fall „plebejischer Gewalt für ‘Thron und Altar’“. Gailus hat für 1848 in der näheren Umgebung Berlins insgesamt elf Fälle explizit gegenrevolutionärer Tumulte gezählt: außer dem geschilderten zwei Fälle in Brandenburg, zwei in Frankfurt a.d.O., jeweils einen in Straußberg, Treuenbrietzen, Havelberg sowie, gleichsam als Spitzenreiter, insgesamt drei Fälle „gegenrevolutionärer Unruhen“ in Potsdam. Er spricht, auch mit Blick auf die im Umland der preußischen Hauptstadt besonders zahlreichen konservativen Vereine⁴⁵, von einem deutlich sichtbaren, „charakteristischen Ring“ gegenrevolutionärer Organisationen und Aktionszentren um die „Revolutionsmetropole Berlin“. Da die in Charlottenburg, Spandau, Potsdam und anderen Ortschaften ansässigen, konservativen Aktivisten es nicht wagen konnten, nach Berlin zu ziehen, um mit der verhaßten, dortigen revolutionären Bewegung abzurechnen, war die Neigung zu Ersatzhandlungen gegenüber den einheimischen Demokraten groß.⁴⁶

Unter den erwähnten „Vororten“ der Hauptstadt war Potsdam freilich ein Sonderfall. Hier waren die politischen Gräben tiefer aufgerissen als im übrigen Umland Berlins. In Potsdam existierte seit den Märztagen ein großer demokratischer Verein, der „Politische Verein“, der nach Angaben aus dem Innenministerium Ende Okt. 1848 etwa tausend Mitglieder zählte. Damit war er fast genauso groß wie die mitgliederstärkste politische Organisation der preußischen Hauptstadt, der besonders radikale Demokratische Klub Berlins, dem der Potsdamer Politische Verein eng verbunden war. Auch dem Potsdamer „Bürgerwehr-Klub“, der zum „Demokratischen Bürgerwehr-Klub“ Berlins gute Kontakte unterhielt, gehörten immerhin hundert Mitglieder an. Der gemäßigte „Demokratisch-Konstitutionelle Klub“ hatte mit 40 bis 50 Mitgliedern im Herbst ähnlich an Bedeutung verloren wie die organisierten Liberalen Berlins. Dem gemäßigt-konservativen „Bürgerverein“ gehörten dagegen immerhin fünfhundert Personen an.⁴⁷

Die für die übrigen Städte im Berliner Umland untypische politische

Polarisierung in Potsdam, die ihren organisatorischen Ausdruck in mitgliederstarken radikalen demokratischen bzw. konservativen Vereinen und einer gleichzeitig quantitativ unbedeutenden politischen Mitte, einem mitgliederschwachen liberalen Verein, fand, wurde durch Konflikte innerhalb des in der zweiten Hohenzollernresidenz besonders zahlreichen Militärs zusätzlich aufgeladen. Ihren äußeren Höhepunkt fanden die schon vorher schwelenden Spannungen nicht nur zwischen den 'zivilen' demokratischen und konservativen Strömungen, sondern ebenso zwischen dem als besonders „reactionär“ verschrienen Offizierskorps der Garde du Corps und demokratisch beeinflussten Mannschaften, in einem Ereignis, daß als am 12. September als „Potsdamer Militärrevolte“ Aufsehen in ganz Preußen erregte.

Etwa siebenhundert Potsdamer Soldaten hatten am 11. September eine Adresse unterzeichnet, in der sie ihrer „herzlichen und lebhaften Freude“ Ausdruck verliehen, daß die „freimüthigen und volksfreundlichen“ Abgeordneten der Preußischen Nationalversammlung am 7. September „den freisinnigen Beschluß“ gefaßt hatten, daß sich die preußischen „Offiziere allen reaktionären Bestrebung fernhalten“ sollten; „denjenigen Offizieren, mit deren politischen Überzeugungen dies nicht vereinbar ist“, hatten die Abgeordneten Preußens „zur Ehrenpflicht machen [wollen], aus der Armee auszutreten.“⁴⁸ Durch diesen Beschluß, erklärten die Potsdamer Soldaten in ihrer Adresse, würde endlich „unser Heer ein nach allen Seiten gereinigtes, volkthümliches und freisinniges“ werden können⁴⁹.

Die Reaktion der Offiziere auf die Erklärung und die breite Resonanz, die sie gefunden hatte, war vorauszusehen: Sie suchten den Mannschaften, die sich durch besonders viele Unterschriften hervorgetan hatten, den demokratischen „Ungeist“ durch massive Disziplinierungen - Strafexerzieren, Gewaltmärsche etc. - auszutreiben. Als die Militärführung (nach unterschiedlichen Angaben:) zwischen fünf und 17 angebliche Drahtzieher verhafteten und zum Militärarrest bringen ließ, überspannte sie den Bogen. Etwa hundert Soldaten zogen am Abend des 12. Septembers unbewaffnet in die Stadt, um ihre dort einsitzenden Kameraden zu befreien, unterstützt von zahlreichen Zivilisten, vor allem „Arbeitern, jungen Burschen und als Demokraten bekannten Männern“.

Man „begann damit, die Fenster einzuwerfen und sonstige Anstalten zum Einbruch in das [Militär-]Gefängnis zu treffen“. Ein Füsilierbataillon, herbeigerufen, um „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen, „fraternisierte“ mit den demonstrierenden Militärs und Zivilisten. Letztere erklärten, daß die Soldaten „aus dem Volke hervorgegangen und daß sie Alle Brüder seien. Diese Vorstellungen fielen auf keinen unfruchtbaren Boden, denn die Soldaten erwiderten die Begrüßungen des Volks“. Nach mehreren Vorfällen - einige Offiziere wurden verprügelt bzw. in einen Ka-

nal geworfen - rückten schließlich Einheiten der Elitetruppe des preußischen Heeres, der Garde du Corps, an. Ihnen wurden Steine und „eine Rinnsteinbohle entgegengeschleudert“, in der Berliner Straße begann „das Volk“ sogar, „Barricaden zu bauen. Man riß das Trottoir auf, die Gartenzäune ab“ usw. Erst gegen Mitternacht war die „Ruhe“ wieder hergestellt - und zwar durch die 2145 Mann zählende Potsdamer Bürgerwehr, weil „das Militair sich ganz ruhig verhielt“⁵⁰.

Uns sollen hier weder die anschließende publizistische Kontroverse um die Potsdamer Vorgänge vom 12. September noch ähnliche Vorgänge in Brandenburg am 6. Oktober 1848 oder der zeitweilige beträchtliche Einfluß der Demokraten auf die einfachen Soldaten nicht zuletzt in Berlin weiter beschäftigen.⁵¹ Sie interessieren hier lediglich, weil sie ein Schlaglicht auch auf die politischen Sympathien und Aktivitäten eines keineswegs kleinen Teils der Zivilbevölkerung Potsdams werfen und deutlich machen, warum die nach Berlin zweite Residenzstadt der Hohenzollern im Vergleich namentlich zu Charlottenburg und Spandau ein „Sonderfall“ war.

Wie stark und selbstbewußt die demokratische Bewegung ausgerechnet in der Garnisonstadt Potsdam war, zeigen weitere Vorfälle in den folgenden Wochen. Sie machen zusätzlich sichtbar, wie verunsichert das konservative Offizierskorps infolge der Ereignisse vom 12. September sowie der wachsenden Resonanz demokratischer Ideen unter Gemeinen und den schlecht bezahlten Leutnants war, und wie sehr es angesichts dessen versucht war, sein Unbehagen mitunter aggressiv abzureagieren. Am 1. Oktober hielt der demokratische Politische Verein Potsdams eine Volksversammlung ab, zu der „eine beträchtliche Anzahl von Militair- und Civil-Personen erschienen“ waren. Auch mehrere liberal und demokratisch gesinnte Offiziere, Unteroffiziere und Gemeine hielten Reden. Wütend darüber, daß sich zahlreiche Soldaten eingefunden hatten, provozierten fünfzig bis sechzig Mitglieder der als besonders „reactionär“ verschrieenen Garde du Corps einen handgreiflichen Konflikt mit Mitgliedern des Potsdamer Politischen Vereins und verletzten einige von ihnen.⁵²

Am 3. Oktober wiederholten sich die Vorfälle: Nach Angaben des Politischen Vereins Potsdams wurden auf einer Volksversammlung des Vereins erneut Schlägereien durch Angehörige der Garde du Corps provoziert und „eine nicht unbedeutende Anzahl wehrloser Bürger erheblich verwundet“. „Wiederum traten die zahlreich anwesenden Soldaten aller übrigen Truppentheile auf die Seite der Bürger und trugen mit ernster männlicher Haltung zur Unterdrückung der Schlägerei und zur Vertreibung der Garde du Corps bei.“⁵³

Angesichts der starken demokratischen Bewegung in Potsdam überrascht es schließlich kaum, daß das Ende der Berliner Revolution hier, im Unter-

schied zur Hauptstadt selbst, zu aktiven Widerstandshandlungen führte. Um den Nachschub für die einen Tag zuvor in das „rote“ Berlin eingerückten Truppen unter dem General Wrangel zu unterbrechen, wurden am 11. November in der Nähe von Nowawes - dem heutigen Babelsberg, inzwischen ein Stadtteil von Potsdam - der Telegraph nach Berlin zerstört und die Eisenbahnschienen aufgerissen, so daß drei Züge ausfielen und anstehende Truppentransporte sich erheblich verzögerten. Außerdem wurden „mehrere Pulverwagen des Militärs angehalten, demoliert und ins Wasser gestürzt, auch [sind] mehrere Brodwagen geplündert worden.“ Darüber hinaus bewarfen über den Staatsstreich der Krone erzürnte Potsdamer Demokraten das dortige Stadtschloß mit Steinen. „Der König sah sich veranlaßt, sein Schloß mit Soldaten zu umstellen. Erst spät abends gelang es der Bürgerwehr, die Ruhe wieder herzustellen.“⁵⁴

Zur sozialen Physiognomie und Mentalität der Kontrahenten

Die skizzierten Widerstandshandlungen in Potsdam gegen den Staatsstreich der Krone vom November 1848 und die anhaltenden Aktivitäten des dort ansässigen demokratischen Vereins, die sich bis Frühjahr 1849 nachweisen lassen⁵⁵, blieben - zumindest mit Blick auf das engere Umfeld Berlins - eine isolierte Ausnahme. In den übrigen „Vororten“ Berlins war man in aller Regel (das kann hier nicht weiter ausgeführt werden) erleichtert, daß den „Roten“ in der Hauptstadt endlich der Garaus gemacht wurde.

In Berlin fielen politische Grenzen und soziale Scheidelinien seit Frühsommer 1848 auch nach außen zunehmend sichtbarer zusammen. „Rot“, also für die sich zunehmend radikalisierende Demokratie einschließlich der mit dieser verbündeten, sozialistisch geprägten frühen Arbeiterbewegung, votierten in der preußischen Hauptstadt - und übrigens auch anderen europäischen wie regionalen Metropolen (neben dem traditionell revolutionären Paris: im deutschen Raum etwa Wien oder Köln) breite Schichten der Arbeiter und Gesellen. Innerhalb der gehobenen Bevölkerungsgruppen blieben lediglich kleine Gruppen links, namentlich junge, häufig brotlose Journalisten, Literaten etc. („Intellektuelle“). Umgekehrt machte eine überwältigende Mehrheit des Bürgertums immer weniger Hehl daraus, daß es rechtsliberal oder ganz „schwarz“, also konservativ, eingestellt war.⁵⁶

Anders als in den Revolutionsmetropolen und vielen Großstädten waren dagegen die politisch-sozialen Konstellationen in Charlottenburg und zahlreichen weiteren Kleinstädten, vor allem solchen, die von der Industrialisierung kaum berührt waren. Hier kam es nicht zu der für Berlin und auch für den „Sonderfall“ Potsdam charakteristischen Polarisierung. Denn der eine „Pol“, die demokratische Bewegung fehlte fast völlig; auch zumin-

dest ein größerer Teil der Unterschichten fühlte und dachte hier konservativ. Der „Pöbel“, der am 19. März in Charlottenburg und Spandau den leidgeprüften Gefangenen aus Berlin mit Beschimpfungen und Steinwürfen das Leben zusätzlich schwer gemacht hatte, rekrutierte sich (soweit die spärlichen Informationen diese Verallgemeinerung zulassen) aus den gleichen sozialen Kreisen wie die gefangengenommenen Barrikadenkämpfer: dem gewerblichen Mittelstand („Schlächter“) und, vermutlich zahlreicher, den lohnabhängigen Unterschichten („Knechte“, die „mit Peitschen“ zwischen die Gefangenen hieben).

Auch am 20. August gehörten, wenn man den unpräzisen Quellen trauen kann, in Charlottenburg selbst die politischen Kontrahenten den gleichen sozialen Schichten an: Im Demokratischen Klub des Städtchens fanden sich neben Intellektuellen um die Gebrüder Bauer und anderen Bürgern zumindest vereinzelt auch „Arbeiter“ (einer wurde erheblich verletzt). Die Bewohner Charlottenburgs, die im Namen von „Thron und Altar“ pogromartige Überfälle auf die kleine Schar der dort ansässigen Demokraten unternahmen, zählten gleichfalls, so der „Publicist“ etwas unbestimmt, zu den Schichten der „Bürger, Arbeiter und Lehrlinge“, nach Angaben des Polizeipräsidenten sogar „vorzugsweise zum Gesellenstande“.⁵⁷ Ebenso waren während der Unruhen in Berlin am 21./22. August, wie bei allen anderen revolutionären Tumulten in der Preußenmetropole seit Mai 1848, vor allem Lehrlinge, Gesellen und Arbeiter, meist jüngeren Alters, auf der Straße, so die Presse unisono.

Zwar handelte es sich bei den hier geschilderten Tumulten, den „revolutionären“ wie den „gegenrevolutionären“, im Kern um Unterschichten-Proteste. Indessen sind kräftige mittelständische und bürgerliche Einsprengsel namentlich unter denjenigen, die sich aggressiv verbal oder handgreiflich „für Gott und Vaterland“ engagierten, nicht zu übersehen. Hier stand offensichtlich fast die „ganze Stadt“, gleichgültig welcher sozialen Schichtzugehörigkeit, hinter den Akteuren. Wenn sich die politischen Konfliktlinien in den brandenburgischen Kleinstädten nicht wie in Berlin entlang der sozialen Grenzen entwickelten, sondern die anscheinend gesamte Einwohnerschaft bis auf marginale Minderheiten „schwarz“ war - in anderen Regionen Deutschlands wie z.B. Hessen konnten sich Kleinstädte oder Landgemeinden umgekehrt auch mehr oder weniger geschlossen „rot“ engagieren⁵⁸ -, dann waren hierfür mehrere Gründe maßgeblich, die wichtigsten:

In Charlottenburg wie den meisten kleinen und auch zahlreichen größeren Städten hatte die Industrialisierung noch kaum Fuß gefaßt. Berlin dagegen hatte sich seit den dreißiger Jahren zu einem industriellen Zentrum Preußens entwickelt, mit einer ganzen Reihe von schon relativ modernen Großbetrieben, unter denen die Maschinenbauunternehmen von Borsig

und Egells nur die größten und bekanntesten waren. Zwar blieb auch die Hauptstadt Preußens trotz aller Industrialisierung weiterhin handwerklich geprägt; im Revolutionsjahr lebten und arbeiteten in Berlin mehr als doppelt so viele Gesellen wie Fabrikarbeiter.⁵⁹

Aber in der Hauptstadt Preußens wurde auch das Handwerk stärker als anderswo in die sich entfaltenden kapitalistischen Marktbeziehungen hineingezogen. Abzulesen ist dies daran, daß in einer ganzen Reihe von Gewerbebranchen Handwerksbetriebe eine durchschnittliche Größe erreichten, die eine persönliche Beziehung zwischen Meister und Gesellen erschwerte. Zudem waren Wohnung und Arbeitsplatz häufig getrennt, war der Barlohn die Regel, Kost und Logis als (partieller) „Naturallohn“ dagegen unüblich geworden. Bereits deshalb ging der sozialökonomische Zwiespalt nicht nur zwischen Fabrikbesitzern und Arbeitern, sondern ebenso zwischen Meistern und Gesellen im allgemeinen tiefer war als in den umliegenden Gemeinden.

Verstärkt wurde die Herausbildung eines „Arbeitnehmer“-Bewußtseins auch auf Seiten vieler Gesellen außerdem dadurch, daß viele von ihnen zumindest ab und an in Fabriken arbeiteten, gleichsam zwischen Handwerk und moderner Industrie hin- und herpendelten und sich infolgedessen nicht mehr als Angehörige eines bestimmten Berufsstandes verstanden, immer weniger auf ihren Gesellenstatus pochten, sondern sich als Lohnabhängige begriffen. Im Revolutionsjahr traten diese sozialen Spannungen zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ in allen größeren Städten, und hier wiederum besonders scharf in Berlin, offen zutage.⁶⁰ Sie wurden zudem von beiden Seiten politisch aufgeladen und fanden schließlich ihre organisatorische Ausdrucksform in einer rasch wachsenden, eigenständigen Arbeiterbewegung, die wiederum innerhalb Preußens nicht zufällig von Berlin und dem hier Anfang April 1848 gegründeten „Central-Comité der Arbeiter“ seinen Ausgang nahm.

In kleineren Städten und Ortschaften zeigten dagegen traditionelle, vorindustrielle Produktions- und Mentalitätsstrukturen eine viel größere Beharrungskraft. Spezifische wirtschaftliche Abhängigkeiten und politische Loyalitäten konnten dies noch verstärken. Das war bereits den Zeitgenossen nicht entgangen. Der demokratische Publizist Robert Springer hat die besonders „reactionäre“ Haltung der Einwohner der dritten Residenz Preußens mit dem Hinweis zu erklären versucht, „das Publikum Charlottenburgs“ bestünde überwiegend aus „Anhängseln des Hofstaates“, nämlich der im Charlottenburger Schloß lebenden, höfischen Gesellschaft, während es in Berlin immer nur ein kleiner Teil der Meister zu „Hoflieferanten“ bringen konnte. Springer zitiert in diesem Zusammenhang beifällig Adam Smith: „In Städten, deren Unterhalt sich auf die beständige oder gelegentliche Gegenwart eines Hofes gründet, und in welchen die unteren

Volksklassen hauptsächlich durch das Verzehren der Einkünfte erhalten werden, sind die unteren Klassen des Volks träge, faul, ohne Sitten und arm“. Dieses böse Wort bezog sich nicht nur auf die zahlreichen „Hoflieferanten“, die sich im preußischen „Versailles“, wie Charlottenburg mit seinem Schloß auch genannt wurde, angesiedelt hatten, sondern ebenso auf die höheren Beamten, die sich in der von demokratischen „Krawallen“ verschonten Stadt niedergelassen hatten. Sprichwörtlich wurden die vielen, in Charlottenburg wohnhaften „Professoren und Geheimsecrétaires, die ihr tägliches Pensum bis zum Zollhause absolviren, um den Unterleibsbeschwerden entgegen zu wirken.“⁶¹

Nicht nur in einer Sommerresidenz und Beamtenwohnstadt wie Charlottenburg, auch in vielen anderen Kleinstädten besaßen soziale Beziehungen zwischen Gesellen und Meistern in der Regel noch den Charakter persönlicher Beziehungen. Autoritäts- und Abhängigkeitsverhältnisse blieben weiterhin stark zünftig-patriarchalisch geprägt. Lehrlinge und Gesellen ordneten sich dem Meister bereitwilliger unter (auch weil die Chance eines Gesellen, selbst eines Tages zum Meister aufzusteigen, in kleineren Ortschaften vermutlich größer war als in den Großstädten); dafür war die soziale Fürsorglichkeit des Kleinstadtmeisters im Schnitt stärker als in einer Großstadt wie Berlin entwickelt, wo nicht wenige Meister eine Art „moderner“ Arbeitgeber-Mentalität entwickelt hatten.

Ein weiterer wichtiger, mentalitätsprägender Differenzpunkt zwischen Hauptstadt und Provinz war, daß in Kleinstädten „jeder jeden“ kannte (und kennt), während in den großen Städten Anonymität bereits zu einem wichtigen Merkmal geworden war. Gruppenzwänge bestimmten und bestimmten in überschaubaren Ortschaften mit wenigen tausend Einwohnern das Verhalten des Einzelnen ganz anders als in Metropolen mit einer nach Hunderttausenden zählenden Wohnbevölkerung. Der Konformitätsdruck war in Kleinstädten weit höher. Abhängige Sozialgruppen, namentlich das Gesinde, aber auch Gesellen, sofern sie länger ansässig waren, konnten sich dem von den - formellen oder auch informellen - kleinstädtischen Eliten vorgegebenen politisch-kulturellen „Mainstream“ nur schwer entziehen. Das könnte selbst für das Charlottenburger Pogrom vom 20. August gegolten haben: Wer nicht „mitmachte“, setzte sich dem Verdacht aus, es vielleicht heimlich mit den Demokraten zu halten - und mußte seinerseits womöglich Handgreiflichkeiten seitens der „Ultra-Reaktionären“ gewärtigen. Wenn also kleinere Ortschaften - selbst bei geheimen Wahlgeschlossen „schwarz“, oder auch „rot“, votierten und handelten, dann war das diesem sozialen Druck geschuldet, der infolge langer Einübung vielfach verinnerlicht war und dem Konservativismus auch im Revolutionsjahr so viel Kraft verlieh.

In den altpreußischen Provinzen und hier besonders im Umfeld der drei

Hohenzollernresidenzen gaben überdies starke borussisch-monarchistische Traditionen, die durch die häufige Präsenz des Königs und seiner Familie, durch die vielen, festlich begangenen Jahrestage etwa der Schlachten 1814/15, durch die zahlreichen Kriegervereine immer wieder genährt wurden, einem volkstümlichen Konservativismus und aggressiv anti-demokratischen Affekten zusätzlich Wurzeln. Hinzu trat eine in den preußischen Kernprovinzen besonders kräftige kirchlich-religiöse Prägung lutherisch-orthodoxer Couleur - während demgegenüber Berlin als „kirchlich verwahrlöseste Stadt“ Deutschlands galt⁶². Ein neben sozialem Gruppenzwang, Preußen- und Hohenzollernkult sowie einem tief sitzenden orthodoxen Lutheranertum weiterer Faktor, der das Charlottenburger Pogrom erklärt, waren vermutlich - die Quellen geben hierüber keine genaue Auskunft - antiintellektuelle Ressentiments: Die Gebrüder Bauer, vor allem Bruno und Edgar Bauer, hatten es bereits im Vormärz als Linkshegelianer zu beträchtlicher Prominenz gebracht und personifizierten in den Augen vieler Kleinstädter 1848 radikale Demokratie, „unpreußischen“ Republikanismus und Gottlosigkeit. Spandau und, mit Einschränkungen, Potsdam⁶³ fallen gegenüber Charlottenburg und den meisten anderen preußischen Kleinstädten aus dem Rahmen. Zwar war gerade auch für Spandau der borussische Patriotismus, ein Kult „ächten Preußenthums“ typisch. Aber im Unterschied zu Charlottenburg war Spandau - mit Einschränkungen - ein Zentrum preußischer Industrie, nämlich die Stadt, in der sich neben Berlin und Potsdam die Militärindustrie am stärksten konzentrierte. Die Errichtung der ersten beiden Spandauer Pulvermühlen datiert auf die Jahre 1578 bzw. 1636. Anfang des 18. Jahrhunderts, noch unter Friedrich Wilhelm I., wurde eine zunächst in Privatbesitz befindliche Gewehrfabrik errichtet. Bis 1783 war die seit 1752 staatliche Gewehrfabrik zu einer beeindruckenden Agglomeration von 14 Werkstätten und sieben Schmieden angewachsen. Später wurde der Betrieb mit der Gewehrfabrik in Potsdam vereinigt, die in Spandau gefertigten Einzelteile in Potsdam zusammengebaut, darüber hinaus 1832 neben der Spandauer Gewehrfabrik eine weitere Pulverfabrik errichtet.⁶⁴ Spandau war aber nicht nur ein militärindustrielles Zentrum, sondern zugleich eine Stadt der Gefängnisse - nämlich des 1687 erbauten, im Vormärz überbelegten Zuchthauses, des Staatsgefängnisses im Juliiusurm sowie der 1779 errichteten Festungsstrafanstalt. Daneben prägten Schießstände und Exerzierplätze das Stadtbild. Infolgedessen war in der Stadt Spandau, die bis ins 19. Jahrhundert im Schatten der alten Festung, der Zitadelle, stand, preußischer Patriotismus durch den Stolz auf den militärischen Ruhm der „glorreichen Armee“ Preußens zusätzlich aufgeladen. Trotz unterschiedlicher Wurzeln scheinen die Einwohner Charlottenburgs denen Spandaus in ihrem hochkonservativen borussischen Patriotismus kaum nachgestanden zu haben, im Gegenteil.

Namentlich die Ereignisse vom 20. und 21. August waren nicht dazu ange-
tan, den tiefen Graben zwischen „Provinz“ und Hauptstadt einzuebnen.
Es hatte sich vielmehr gezeigt, daß die finsterste „Provinz“ unmittelbar
vor den Mauern Berlins lag. „Charlottenburg ist mit Recht [als] das reac-
tionärste Nest im ganzen preußischen Staat“ bekannt. Teltow, wo der oben
erwähnte hochkonservative „Bauernverein“ seinen Sitz hatte, und den
gleichfalls konservativen Berliner Patriotischen Verein könne man, so
schimpfte die radikaldemokratische „Locomotive“, fast „freisinnig dage-
gen nennen“⁶⁵. Am 21. und 22. August, als die Berliner am liebsten „einen
förmlichen Kreuzzug“ gegen die Charlottenburger veranstaltet hätten,
wurden Animositäten zwischen den Bevölkerungen beider Städte nur
aktualisiert. Nicht zuletzt „wegen ihres Benehmens gegen die am 18ten
März verwundeten Gefangenen“ standen die Charlottenburger 1848 bei
den Berlinern „in sehr ungünstigem Andenken“.⁶⁶ Und selbst der Leidens-
weg der gefangenen Berliner Barrikadenkämpfer hatte nur ältere, tief sit-
zende Vorurteile bestätigt. Aufgebrochen wurden diese Ressentiments letzt-
lich erst gegen Ende des Jahrhunderts, nachdem sich Charlottenburg vom
konservativen, mittelständisch geprägten „Vorort“ Berlins ebenso wie
Spandau zu einer, mit starken Arbeitervierteln durchsetzten, Großstadt
gemausert hatte.⁶⁷

Tabelle: Zivil- und Militärbevölkerung von Berlin, Potsdam, Charlottenburg, Spandau und der kleineren Ortschaften in der näheren Umgebung Berlins

	1822	1840	1846	1849	1871
Berlin					
Zivilpersonen	189546	309953	378573	387978	804400
Militärpersonen	16763	18739	19194	22748	21941
Zusammen	206309	328692	397767	410726	826341
Potsdam					
Zivilpersonen	20000	26936	30000	31394	43834
Militärpersonen	*	*	8000	*	*
Spandau					
Zivilpersonen	5078	6348	7624	7480	15956
Militärpersonen	1337	1900	1860	1775	3052
Zusammen	6415	8248	9484	9255	19008
Charlottenburg					
Zivilpersonen	4919	7041	8028	8159	19518
Militärpersonen	896	313	241	1054	*
Zusammen	5815	7354	8269	9213	*
Wedding (a)					
Zivilpersonen	1326	3698	4195	4952	(zu Berlin)
Schöneberg					
Zivilpersonen	872	2500	4099	4147	4555
Deutsch- und Böhmisch-Rixdorf (heute: Neukölln)					
Zivilpersonen	1318	2430	2651	2850	8125
Moabit (b)					
Zivilpersonen	554	1180	2053	2462	(zu Berlin)
Pankow					
Zivilpersonen	404	809	937	1037	3019

(a) Mit Neu-Wedding und Gesundbrunnen.

(b) Einschließlich des Unterbaum-Etablissemments.

Nach: R. Boeckh (Bearb.), Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin, I Heft I, Berlin 1878, S. 26 ff., 30 f.; W. Ribbe (Hrsg.), Slawenburg, Landesfestung, Industriezentrum. Untersuchungen zur Geschichte von Stadt und Bezirk Spandau, Berlin 1983, S. 252; J. Heckel, Geschichte der Stadt Potsdam, Potsdam 1912, S. 137; Angaben für Potsdam 1822 und 1846 grob geschätzt.

Anmerkungen

- 1 Das berüchtigte Drei-Klassen-Wahlrecht, das in Preußen bis 1918 Gültigkeit hatte, wurde erst am 30. Mai 1849 eingeführt, nachdem am 28. April 1849 die Zweite Kammer des preußischen Parlaments aufgelöst worden war, weil sie zum Unwillen der Krone der von der Paulskirche beschlossenen, demokratisch geprägten Reichsverfassung zugestimmt und außerdem die Aufhebung des in Berlin am 12. Nov. 1848 eingeführten Belagerungszustandes verlangt hatte. Vgl. im einzelnen R. Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn [Herbst] 1997, S. 801-808.
- 2 B. Waldeck (1802-1870), Richter, J. Jacoby (1805-1877) Arzt in Königsberg und 1841 Verfasser der aufsehenerregenden Flugschrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“, Mitglied des Vorparlaments, J. Berends (1817-1891), Besitzer einer kleinen Druckerei und 1847/48 Berliner Stadtverordneter, G. Jung (1814-1886), Assessor und Journalist, Mitbegründer und anfänglich Vorsitzender des Politischen (später Demokratischen) Klubs, sowie J. H. D. Temme (1798-1881), Richter und Staatsanwalt, waren bereits in der Preußischen Nationalversammlung Wortführer der Linken, J. K. Rodbertus (1805-1875), Nationalökonom und vom 25. Juni bis 8. Juli 1848 Minister für die geistlichen etc. Angelegenheiten, F. Ziegler (1803-1876), Jurist und Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, und E. R. Phillips (1813-1877), Oberbürgermeister von Elbing, Wortführer des linken Zentrums ebenda, A. H. Simon (1805-1860), Richter, 1848/49 Mitglied des Vorparlaments war 1848/49 Mitglied sowohl der Preußischen als auch der Deutschen Nationalversammlung (Linke). Reuter, Landrat aus Insterburg, in der Preußischen Nationalversammlung Mitglied des linken Zentrums, setzte sich gegen Beckerath durch. Angaben über die Verteilung der Berliner Wahlmänner nach Fraktionen nach: Neue Rheinische Zeitung (NRhZ), 26.1.1849; J. Paschen, Demokratische Vereine und preußischer Staat. Entwicklung und Unterdrückung der demokratischen Bewegung während der Revolution von 1848/49, München 1977, S.127.
- 3 Die übrigen fünf demokratischen Abgeordneten kamen aus dem Regierungsbezirk Frankfurt/Oder. Angaben zu den Wahlmännern nach: Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen (Vossische Zeitung [VZ]), 24.1.1849; Paschen, Demokratische Vereine, S.127.
- 4 Vgl. NRhZ, 15.2.1849. Brandenburg zählte 1848 ohne Berlin etwa 1,7 Mio. Einwohner. Vgl. H.-H. Müller/H. Müller, Brandenburg als preußische Provinz. Das 19. Jahrhundert bis 1871, in: I. Materna/W. Ribbe (Hrsg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 415.
- 5 Nämlich Ludwig Eichler (um 1815-1870), promovierter Philosoph, führendes Mitglied des Politischen (später: Demokratischen) Klubs, Rudolph Schramm (1813-1882), Gerichtsreferendar und gleichfalls Vorstandsmitglied des Demokratischen Klubs, Adolph Streckfuß (1823-1895), Schriftsteller und führendes

Mitglied des „Volksklubs“, später Vorsitzender des demokratischen „Militär-Reform-Vereins“, T. Schönemann, Landbaumeister und Gründungsmitglied des Berliner „Volksklubs“, seit Anfang Juli außerdem stellv. Mitglied des „Central-Ausschusses der Demokraten Deutschlands“, und E. Herzfeld, Assessor und Vorstandsmitglied, seit Spätsommer Vorsitzender des Berliner „Vereins für Volksrechte“. Zur personellen Zusammensetzung des Kreis-Ausschusses und zu den Beschlüssen des märkischen Kreis-Kongresses vgl. A. Carl (= A. Streckfuß), *Das freie Preußen. Geschichte des Berliner Freiheitskampfes vom 18. März und seine Folgen*, Bd. II: Vom 22. Mai bis 5. Dezember, Berlin 1849, S. 259-263. Nachhaltige Wirkung entfaltete der demokratische Kreis-Ausschuß in der Folgezeit im übrigen nicht. Vgl. das resignierte Resümé von Streckfuß, des aktivsten Mitgliedes des Kreis-Ausschusses: A. Streckfuß, *Die Organisation der Volkspartei in Berlin*, Berlin 1849, S. 5.

⁶ Alle anderen umliegenden Ortschaften zählten unter tausend Einwohner: In Britz, mit dem Gut und Buschkrug, betrug die Zahl der Einwohner im Revolutionsjahr 890 (1840: 660), im Dorf und auf dem Gut Wilmersdorf 820 (1840: 630), in Tempelhof 800 (1840: 600), in Lichtenberg 730 (1840: 770) sowie schließlich in Tiergarten, mit dem Schloß Bellevue, 610 (1840: 490) Zivilpersonen. Alle übrigen Orte waren erheblich kleiner. Treptow z.B. war ein Flecken mit 1840 wie 1848 lediglich hundert Einwohnern. Nach: R. Boeckh (Bearb.), *Die Bevölkerungs-, Gewerbe- und Wohnungsaufnahme vom 1. Dezember 1875 in der Stadt Berlin*, Heft I, Berlin 1878, S. 30 f.

⁷ R. Springer, *Berlins Straßen, Kneipen und Clubs im Jahre 1848*, Berlin 1850 (Nachdruck Leipzig 1985), S. 205 f. Robert Springer (1816-1885), ursprünglich Lehrer an einer Berliner höheren Mädchenschule, danach Schriftsteller, war 1848 stellv. Chefredakteur der demokratischen Zeitung „Die Locomotive“.

⁸ Frankfurt/Oder zählte um 1850 etwa 30 000 Einwohner. Größere Städte waren in der Provinz Brandenburg ansonsten eine Seltenheit, neben Frankfurt und den in der Tabelle angeführten Städten zählten lediglich Prenzlau, Landsberg a.d. Warthe und die Stadt Brandenburg (mit jeweils 12 500 Einwohnern um 1850) mehr als zehntausend Bewohner (vgl. Müller/Müller, *Brandenburg*, S. 415).

⁹ Beta (= H. Bettziech), *Berlin und Potsdam. Ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*, München o.J. (um 1845), S. 75 f. Bettziech (1813-1876), Journalist, verfaßte (auch) 1848 zahlreiche ernste und satirische Flugschriften, 1848/49 u.a. Hrsg. des „Krakehlers“. Ähnlich böse über Potsdam: F. Saß, *Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung*, 1846 (Nachdruck Berlin 1983), S. 57. Auch Friedrich Saß (1819-1851) war 1848 in Berlin ein prominenter Demokrat, u.a. Vorstandsmitglied des radikalen Demokratischen Klubs.

¹⁰ Zitat: A. Roerdanz, *Gefangene Berliner auf dem Transport nach Spandau am Morgen des 19. März 1848. Protocollarische Aussagen und eigene Berichte von 91 Beteiligten* als Beitrag zur Geschichte der Berliner Märzkämpfe, Berlin 1848, S. 22.

- 11 Vgl. dazu die z. T. sehr ausführlichen Berichte von knapp hundert Gefangenen, ebenda, Zitate: S. 40.
- 12 Ebenda., S. 129; vgl. außerdem ebenda., S. 164.
- 13 Vgl. diverse Berichte, ebenda., Zitate: S. 88 f.
- 14 Die insgesamt 536 gefangenen Berliner, deren Berufe bekannt sind, kamen zu 84,4 Prozent aus den Unterschichten, zu 11,7 Prozent aus den Mittelschichten und zu 3,7 Prozent aus dem Bürgertum (einschließlich 2,5 Prozent Studenten); 0,2 Prozent übrige bzw. nicht kategorisierbar. Das entsprach ungefähr den Prozentsätzen aller namentlich bekannten Barrikadenkämpfer, die getötet, verletzt oder gefangen wurden. Vgl. im einzelnen: R. Hachtmann, Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997, S. 173-181, bes. Tab. 3.
- 15 Zitate: Roerdanz, Gefangene, S. 13, 23, 25 f., 44, 58, 61, 65, 71, 78 f., 91, 98, 100, 113, 126, 145, 147 f., 157, 169, 177. Zur Behandlung der Berliner Gefangenen durch die Charlottenburger und Spandauer Bevölkerung vgl. weiterhin, ebenda, S. 27, 30 f., 33 f., 37 f., 46, 48, 52 f., 59, 63, 66-69, 73 f., 76, 82 ff., 86 f., 89 f., 93, 95, 103-107, 109, 122, 126 ff., 136, 138, 149-162; Berliner Zeitungshalle (BZH), 22., 26. 3. (jeweils Beilagen: Berichte des Medizinstudenten Robert Dyrenfurth und des Handlungsdieners Robert Ottensosser), sowie die Schilderung eines weiteren Gefangenen: Louis Hausherr [Berlin und Spandau, Leipzig 1848]; ferner z.B. Streckfuß, Freies Preußen, I, S. 58 ff. Einen knappen Überblick geben außerdem A. Wolff, Berliner Revolutionschronik (RC). Darstellung der Berliner Bewegungen im Jahre 1848 nach politischen, sozialen und literarischen Beziehungen, Bd. I, Berlin 1851, S. 191 ff., sowie Hachtmann, Berlin 1848, S. 162 f.
- 16 Im Wortlaut in: VZ, 25.3.1848; BZH, 26.3.1848.
- 17 Vor den Demokraten wurden die im Konstitutionellen Klub organisierten Liberalen aktiv. Sie verfaßten Ende Mai zwei Aufrufe „an unsere Brüder auf dem Lande“ sowie „an die Städte in den Provinzen“ (in: Zentrum für Berlin-Studien [ZBSt], 1848 Flugblattsammlung [Flg.], Mappe 12). Die Demokraten suchten dann seit Juni positiven Kontakt zum „flachen Land“ aufzunehmen, indem sie einen „Central-Ausschuß zur Verständigung mit den Provinzen“ wählten. Langatmige Erklärungen „an die Provinzen“ dürften nicht die erhoffte Wirkung gehabt haben. Erfolgreicher agierten dagegen landsmannschaftliche Vereine demokratischer Couleur, vor allem der Sachsen, der Rheinländer und Westfalen (nicht jedoch des unmittelbaren Berliner Umlandes); vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 602 ff., 627 f.
- 18 Einige konservative Berliner Bürger mußten Ende Juli 1848 schmerzlich erfahren, wie gefährlich es war, in der Hauptstadt selbst schwarz-weißen Borussismus zu demonstrieren. So drohte eine größere demokratische „Menge“ zwei Männern, „welche mit auffallend großen preußischen Kokarden dekoriert umhergingen und gegen die aus dem Frankfurter Verfahren für Preußen entspringen-

den Gefahren zu demonstrieren suchten“, Prügel an. Besonders erzürnt war die „Menge“, weil die beiden Träger „riesengroßer, schwarz-weißer Kokarden“ durch „unvorsichtige, vielleicht absichtlich beleidigende Reden im Style des [hochkonservativen, Berliner] Preußenvereins und Schimpfen auf die demokratischen Vereine das Volk beleidigten.“ Die beiden mannhaften Konservativen mußten vor dem wütenden „Pöbel“ „in einen Laden flüchten“ (VZ, 3.8.1848; Streckfuß, Freies Preußen, II, S. 207.) Vgl. außerdem J. Kuhr, Denkwürdigkeiten aus dem Revolutions-Jahre 1848 mit seinen Folgen bis zum Jahre 1874, nach den Tagebuchblättern eigener Erlebnisse, Bd. 2, Abt.1, o.O.u.J., S. 98 ff.

19 „Rote Hauptstadt“ und „Flagge zeigen“ ist auch wörtlich zu nehmen: Seit dem Frühsommer 1848 verdrängten rote Fahnen zunehmend das Schwarz-Rot-Gold, das in den Anfangswochen farblich die preußische Hauptstadt dominiert hatte (vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 580 ff., 685, 720 f., 734, 803, 872 f.). Nachdem der König während seines Umzuges am 21. März, während dem er versprach, er wolle sich „für die Zeit der Not“ an die Spitze Deutschlands setzen, gleichsam offiziös die Farben Schwarz-Rot-Gold angelegt hatte, schien „Rot“ breiten Teilen der Unterschichten die einzige Möglichkeit zu sein, ihrer wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik der Krone symbolisch Ausdruck zu verleihen. Berlin war in dieser Hinsicht im übrigen keine Ausnahme: In Paris war die Farbe „Rot“ seit Ende Februar zum Zentralsymbol der hier sehr starken sozialistischen Bewegung geworden; in Budapest, Wien und einer Reihe weiterer europäischer Großstädte demonstrierten breite Teile der Unterschichten seit Sommer 1848 ihre radikaldemokratische Gesinnung, indem sie rote Fahnen oder sonstige Zeichen dieser Farbe trugen.

20 Polizeiberichte vom 3. August 1848, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA), Rep. 30, Tit. 94, Nr. 14 377, Bl. 13-18. Ort des Geschehens war das „Knie“, der heutige Ernst-Reuter-Platz. Hintergrund der Berliner Demonstration waren offenbar die politische Kontroversen im Vorfeld der vom Reichskriegsminister angeordneten Huldigung des Reichsverwesers und Erzherzogs Johann und das Wissen in Berlin darüber, daß große Teile der Charlottenburger einem konservativen preußischen Partikularismus huldigten. Unmittelbarer Auslöser waren Ereignisse am 1. August: Demokratisch-national orientierte Berliner Studenten hatten an diesem Tage in einer Bierhalle im Tiergarten, an der Stadtgrenze zu Charlottenburg, einen „Kommersch“ abgehalten und waren beim „Heimzuge“ durch Angehörige von in Charlottenburg stationierter Einheiten des Garde du Corps „mißhandelt“, einige von ihnen bereits zu diesem Zeitpunkt offenbar verletzt worden (vgl. bes. K. A. Varnhagen von Ense, Eintragung vom 2. Aug. 1848, in: Ders., Tagebücher, aus dem Nachlaß herausgegeben von L. Assing, Leipzig 1862, Bd. 5, S. 147; VZ, 4.8.1848; National-Zeitung (NZ), 4.8.1848). Zur Berliner Studentenschaft im Revolutionsjahr (deren politische Bedeutung 1848 nicht an die ihrer Wiener Kommilitonen heranreichte) vgl. vor allem M. Lenz, Geschichte der Königlichen Friedrich-

- Wilhelms-Universität zu Berlin, Bd. 2.2: Auf dem Wege zur deutschen Einheit im Neuen Reich, Halle a.d.S. 1910/18, S. 186-257; K. Obermann, Die Berliner Universität am Vorabend und während der Revolution von 1848, in: W. Gröber/F. Herneck (Hrsg.), *Forschen und Wirken. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität zu Berlin 1810-1960*, Bd. 1: Beiträge zur wissenschaftlichen und politischen Entwicklung der Universität, Berlin 1960, S. 165-201.
- 21 Bekanntmachung vom 7. August im Wortlaut in: *VZ*, 8.8. 1848. In seiner Bekanntmachung, in der er die Zahl der Studenten auf lediglich 80 bezifferte (ohne die "anderen Personen") versprach der Charlottenburger Magistrat eine "Untersuchung zur Ermittlung der Schuldigen" und im Falle der Überführung "deren Bestrafung". Angesichts der folgenden Ereignisse kam es jedoch offensichtlich nicht dazu.
- 22 Bruno Bauer (1809-1882), seit 1834 Privatdozent für Theologie an der Universität Berlin, seit 1839 an der Universität Bonn, wurde im März 1842 wegen seiner Religionskritik amtsenthoben. Danach Journalist und prominenter Linkshegelianer, kandidierte er im Mai 1848 vergeblich für die Preußische wie für die Deutsche Nationalversammlung. In den fünfziger Jahren konvertierte er zum Konservatismus, verfaßte antisemitische Schriften und war u.a. Mitarbeiter der Kreuzzeitung. Edgar Bauer (1820-1886) studierte wie Bruno Bauer zunächst Theologie, danach Jura. Gleichfalls Journalist und prominenter Junghegelianer, war er während des Vormärz wegen kritischer Schriften mehrfach in Festungshaft. 1848 im Hochsommer Vizepräsident des Demokratischen Klubs Berlins, emigrierte er 1849 zunächst nach Hamburg, 1852 bis Anfang der sechziger Jahre dann nach England. Auch er konvertierte in den sechziger Jahren zum Konservatismus und war in den siebziger Jahren Mitarbeiter u.a. der welfischen „Niedersächsischen Zeitung“ sowie der kirchlichen Zeitschrift „Unter dem Kreuz“. Der dritte der Brüder, Egbert Bauer, war seit Anfang der vierziger bis in die fünfziger Jahre Verleger und Besitzer einer Buchhandlung in Charlottenburg.
- 23 Die *Locomotive*, 23.8.1848. Die Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten vom 8. Juli, auf die in dem Zitat angespielt wird, galt auch für Charlottenburg, da diese Stadt zum Weichbild Berlins gehörte und das Charlottenburger Polizeiamt dem Berliner Polizeipräsidium unterstellt war.
- 24 Als Flugblatt in: Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 240, Acc. 685, Nr. 354, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (GStA), Rep. 92, NL Stein, Mappe 3/1, Nr. 45; als Reprint auch in: K. Obermann (Hrsg.), *Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1815 bis 1849 in zeitgenössischen Dokumenten*, Berlin 1950, S. 523 f.; im Wortlaut in: *Die Locomotive*, 23.8.1848. Weitere, z.T. umfangreiche Berichte finden sich in der radikal-demokratischen BZH, 22., 23., 26.8.1848. Zur BZH vgl. O. Michalsky, *Zur Geschichte der kleinbürgerlich-demokratischen Zeitung „Berliner Zeitungshalle“ in Vormärz und Revolution*, in: *Theorie und Praxis des sozialistischen*

Journalismus, Nr. 16, 1988, S. 273-278, 339-345.

- ²⁵ Alle Zitate in: *Publicist*, 22.8.1848. Erwähnt werden die Vorfälle auch von M. Gailus, *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849*, Göttingen 1990, S. 447 f.
- ²⁶ *Publicist*, 22.8.1848.
- ²⁷ *NZ*, 23.8.1848. Die konservativen Berliner Vereine wie der Preußenverein oder der Patriotische Verein, aber auch die organisierten Liberalen enthielten sich dagegen öffentlicher Bemerkungen zu den Charlottenburger Ereignissen. Der Konstitutionelle Klub, die einzige liberale Organisation der Hauptstadt, äußerte sich öffentlich erst nach den Berliner Tumulten vom 22. August. Er ermahnte die Bevölkerung der Hauptstadt, die Behörden nicht zu mißachten, Recht und Gesetz nicht zu verhöhnen. Die „Regierung“ würde gegen die Charlottenburger „Frevler“ schon noch „kräftig einschreiten“ (*LAB, Rep. 240, Acc. 685, Nr. 365; GStA, XII. HA, IV, Flg., Nr. 27/11*; im Wortlaut auch in: *BZH*, 25.8.1848; vgl. auch den Bericht über die der Erklärung vorausgehende Sitzung des Klubs vom 22. August, in: *VZ*, 24.8.1848).
- ²⁸ *VZ*, 22.8.1848; *Berlinische Nachrichten von Staats- und gelehrten Sachen (Spensersche Zeitung [SZ])*, 22.8.1848.
- ²⁹ *Kreuzzeitung (KrZ)*, 22., 23., 25.8.1848. Ähnlich auch der Berliner Konservative Kuhr, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2.1, S. 86-89.
- ³⁰ *Publicist*, 22.8., 2.9.1848. In den Ausgaben des „*Publicist*“, 2., 5.9.1848, findet sich ein längerer Bericht des Herausgebers dieser Zeitschrift, Actuarium F. Thiele, in dem dieser über seine „Sendung nach Charlottenburg“ noch am Abend im Auftrag des märkischen Kreiskongresses (an dem er als Delegierter teilnahm) berichtet. Zweck der „Sendung“ war es, die vorausgegangenen Ereignisse sowie die Frage genauer zu eruieren, ob die nach Berlin geflüchteten Charlottenburger Demokraten sich wieder in ihre Heimatstadt zurücktrauen könnten. Den aufschlußreichen Stimmungsbericht Thieles, der u.a. bemerkenswerte Schlaglichter auf die in Charlottenburg herrschenden Vorurteilsstrukturen wirft, zu skizzieren, würde den Rahmen des Beitrags sprengen.
- ³¹ Zitate in: *Publicist*, 22.8.1848.
- ³² Im Wortlaut in: *VZ*, 22.8.1848.
- ³³ *NZ*, 22.8.1848.
- ³⁴ *VZ*, 23.8.1848.
- ³⁵ *LAB, Rep. 240, Acc. 685, Nr. 353; Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt a.M., Zsg. 8/506, Bl. 25; GStA, XII, HA, IV, Flg., Nr. 27/II; ZBSt, 1848 Flg., Mappe 18*; vgl. außerdem einen Anschlag des Demokratischen Klubs „an die Bürgerwehr“ vom 23. August 1848, in: *LAB, Rep. 240, Acc. 685, Nr. 364; GStA, XII. HA, IV Flg., Nr. 27/II; NZ*, 22.8.1848.
- ³⁶ *NZ*, 22.8.1848.
- ³⁷ Vgl. *SZ*, 28.8.1848.
- ³⁸ Friedrich Wilhelm Held (1813-1872) war eine der schillerndsten berliner Figu-

ren des Revolutionsjahres. 1831 bis 1837 Leutnant in der preußischen Armee, 1837 bis 1842 Schauspieler, war er danach vor allem als Journalist tätig, wegen Preßvergehens vom Juli 1843 bis zum März 1848 in Festungshaft, 1848 bis 1850 u.a. Herausgeber der radikaldemokratischen „Locomotive“, im Revolutionsjahr populistischer Redner, Verfasser zahlreicher großflächiger Eckenanschläge sowie u.a. Präsident des demokratischen „Socialvereins“; seit Mitte der fünfziger Jahre wieder journalistisch tätig.

- ³⁹ R. Dowiat wurde im November verhaftet und am 15. Dezember 1848 wegen „aufreizender Reden“ zu sechs Jahren Festungshaft verurteilt.
- ⁴⁰ Zitate: „Publicist“, 22., 24., 8., NZ, 23.8., VZ, 23.8.1848. (VZ und NZ enthalten jeweils mehrere Augenzeugenberichte, die sich alle in ihrem Tenor nur wenig unterscheiden.) Vgl. außerdem BZH, 23., 24.8.; SZ, 23.8.; „Locomotive“, 24.8.1848. Am 22. August 1848 erstattete der Justizminister Kühlwetter in der Preußischen Nationalversammlung den Abgeordneten Bericht über die Vorfälle, ein Bericht, der wegen seiner Einseitigkeit selbst von der VZ (vom 24. Aug. 1848) kritisiert wurde. Zur offiziellen Sicht der Tumulte vgl. auch die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten v. Bardeleben vom 22. August 1848, im Wortlaut in der Tagespresse vom 23./24.8.1848. Die zunächst in Untersuchungshaft Genommenen wurden nach zehn Tagen wieder in Freiheit gesetzt, da ihnen gravierende Vergehen nicht nachgewiesen werden konnten.
- ⁴¹ Zitate in: „Locomotive“, 23., 24.8.1848. Die NRhZ, 23.8.1848 (Extrablatt) behauptete: „Der Superintendent und der Gerichtsrath“ hätten den Charlottenburger „Lumpenproletariern 10 Sgr. per Mann gegeben.“ Auch R. Springer (Berlins Straßen, S. 206 f.) nannte den Charlottenburger Superintendenten als einen der Hauptstifter des „Pöbel-Excess“ vom 20. August. Der dementierte zwar, aber unwahrscheinlich war dies nicht - angesichts des ausgeprägten Konservatismus der Brandenburger und Berliner Geistlichkeit (vgl. R. Hachtmann, „... ein gerechtes Gericht Gottes“. Der Protestantismus und die Revolution von 1848. Das Berliner Beispiel, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXXVI, 1996, bes. S. 225-234). Umgekehrt waren dem Prinzen von Preußen, dem späteren König und Kaiser Wilhelm I., die Charlottenburger Ereignisse ein Indiz für einen „montierten Coup“ der Demokraten in ganz Deutschland (vgl. Brief an den Ministerpräsidenten Rudolf v. Auerswald, 23.8.1848, in: J. Schultze (Hrsg.), Kaiser Wilhelm I. Briefe an Politiker und Staatsmänner, Bd. 1: 1830-1853, Berlin 1930, S. 74.
- ⁴² Nach: VZ, 25.8.1848.
- ⁴³ So Thiele (Anm.30) über die Charlottenburger in: Publicist, 5.9.1848; vgl. Gailus, Straße und Brot, S. 448.
- ⁴⁴ R. Springer (Berlins Straßen, S. 207 f.) berichtet noch von einem weiteren Vorfall: Am 18. Oktober. seien Studenten nach einer „Bierfahrt“ von Charlottenburger „Pöbel, welcher dort auf der Lauer stand (man sagt, es seien auch verkleidete Studenten darunter gewesen), mit einem fürchterlichen Steinhagel über-

schüttet“ und einer von ihnen schwer verletzt worden. „Berliner Volk in großer Menge“ sei erneut sehr „entrüstet“ gewesen, „sogar ein Angriff auf Charlottenburg in Vorschlag“ gebracht, jedoch nicht verwirklicht worden. In anderen Quellen finden sich allerdings keine Hinweise auf diesen Vorfall.

- ¹⁵ Im Regierungsbezirk Potsdam existierten Ende 1848 neun, im Regierungsbezirk Frankfurt/O. sogar 19 konservative Vereine, in den schlesischen Regierungsbezirken Liegnitz und Oppeln dagegen nur vier bzw. sieben, in der gesamten Provinz Westfalen sogar nur vier, in der Rheinprovinz fünf (protestantisch-)konservative Vereine. Die Mitgliederzahlen der konservativen Vereine Brandenburgs lagen im Schnitt bei 100 bis 150 Personen, konnten allerdings beträchtlich variieren: zwischen 33 (in Gülzow) und 250 (in Friedeberg). Sozialtonangebend waren zumeist Beamte, Kaufleute, Offiziere, teilweise auch großgrundbesitzender Adel sowie Handwerksmeister (vgl. W. Schwentker, *Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservatismus als Partei*, Düsseldorf 1988, S. 158, 163, 168 ff.). Ähnlich ausgeprägt wie zwischen Berlin und seinem Umland war der politische Kontrast auch zwischen den Regionalmetropolen und demokratischen Hochburgen Breslau und Köln und den sie unmittelbar umgebenden Landgemeinden (vgl. Gailus, *Straße und Brot*, S. 433).
- ⁴⁶ Vgl. Gailus, *Straße und Brot*, S. 454, 456. In den Kontext „gegenrevolutionärer Unruhen“ im Berliner Umland sind auch Übergriffe einzuordnen, denen der jüdische Arzt und Berliner Demokrat Moritz Lövinson am 22. Oktober 1848 in Wilmersdorf ausgesetzt war. Lövinson (1820–1887), in den sechziger Jahren ein linksliberaler Berliner Stadtverordneter, wurde von mehreren offen antijüdisch eingestellten Bürgern attackiert und blutig geschlagen, als er sich zu einer Versammlung der 8. Kompanie des 20. (Wilmersdorfer) Landwehr-Regiments einfand (vgl. seinen ausführlichen Bericht in: BZH, 27.10.1848, auszugsweise in: Hachmann, *Berlin 1848*, S. 533 f.).
- ⁴⁷ Ob der letztgenannte Verein innerhalb der (zivilen) Einwohnerschaft Potsdams „isoliert“ dastand, wie in der vom Innenministerium angeforderten „Zusammenstellung der politischen Vereine im Königreich Preußen“ angemerkt wurde (in: *GStA, Rep. 77, Tit. 662, Nr. 1, Bd. 1, Bl. 81 Rs. bis 83 Rs.*), ist m.E. zweifelhaft. Die hohen Mitgliederzahlen, die der hochkonservative „Treibund mit Gott für König und Vaterland“ nach dem Scheitern der Revolution in Potsdam verzeichnete, sprechen dagegen: Im Januar 1850 zählte der Treibund in Potsdam 1400 und in Charlottenburg 500 Mitglieder. Das waren knapp zehn bzw. knapp fünfzehn Prozent der in beiden Städten wohnhaften Männer einschließlich des Militärs (Angaben nach: H. Fischer, *Der „Treibund mit Gott für König und Vaterland“*. Ein Beitrag zur Reaktion in Preußen, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 24, 1975, S. 95).
- ⁴⁸ Gefaßt wurde dieser Beschluß von der Preußischen Nationalversammlung bereits am 9. August, nach blutigen, vom Militär provozierten Vorfällen in der

- schlesischen Kleinstadt Schweidnitz, denen am 31. Juli 1848 insgesamt 14 Bürger zum Opfer fielen. Dieser Beschluß wurde am 7. September 1848 von den preußischen Abgeordneten mit deutlicher Mehrheit bekräftigt. Zum Stein'schen Ammendment und seiner Bedeutung für den Verlauf der Revolution in Preußen vgl. vor allem M. Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850*, Düsseldorf 1977, S. 524-531.
- ⁴⁹ Nach: BZH, 15.9.1848; Extra-Blatt der „Reform“, 13.9.1848. Zahlen zu den Unterschriften nach: D. Kotsch, Potsdam. Die preußische Garnisonstadt, Braunschweig 1992, S. 142.
- ⁵⁰ BZH, 14., 16.9.1848; *Publicist*, 14.9. 1848 (jeweils Augenzeugenberichte); ähnlich auch NZ, 14.9.1848.
- ⁵¹ Zu den Ereignissen in Brandenburg vgl. Müller/Müller, Brandenburg, S. 485. In Berlin besuchten seit Mitte September und im ganzen Oktober 1848 Soldaten des öfteren zu Hunderten Versammlungen der verschiedenen Demokratischen Klubs. Am 23. Oktober kam es sogar eigens zur Gründung eines demokratischen Militär-Reform-Vereins, mit Streckfuß (Anm. 5) als Vorsitzendem, der gleichfalls mehrere hundert Soldaten anzog. Auch in einigen brandenburgischen Städten, vor allem Frankfurt/O. und Guben, scheinen die Demokraten zeitweilig beträchtlichen Einfluß auf das Militär ausgeübt zu haben. Hierzu sowie zu den Gründen, warum das preußische Militär allen demokratischen Einflußversuchen widerstand (vgl. ebenda., S. 485 f.; Hachtmann, Berlin 1848, S. 696-713; ders., Der Potsdamer Soldatenaufstand vom 12. September 1848: Warum blieb das preußische Militär stabil?, erscheint voraussichtlich in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*, 1998.
- ⁵² Bericht der Potsdamer Polizei-Direktion, 2.10.1848, in: BLHA, Rep. 2, Nr. 1446, Bl. 35-37 Rs. Die Potsdamer Polizei hatte die Versammlung erlaubt, weil eine ähnliche Veranstaltung Mitte September „ruhig verlaufen war, und gesetzwidrige Handlungen dabei durchaus nicht stattgefunden hatten“.
- ⁵³ Erklärung des Politischen Vereins Potsdams an die „Mitbürger unseres preußischen Vaterlandes“ vom 5. Oktober 1848, in: GStA, XII, HA, IV, Flg., Nr. 27/II. Zu beiden Vorfällen vgl. außerdem BZH, 5., 6., 8.10.1848; VZ, 3., 5., 6.10.1848; ferner E. L. v. Gerlach, *Von der Revolution zum Norddeutschen Bund. Politik und Ideengut der preußischen Hochkonservativen 1848-1866*. Aus dem Nachlaß von Ernst Ludwig v. Gerlach. Hrsg. H. Diwald, T. 1: *Tagebuch 1848-1866*, o.O.u.J., S. 116 f. Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen (Aufzeichnungen aus meinem Leben, Bd. 1: *Vom Revolutionsjahr 1848 bis zum Ende des Kommandos in Wien*, Berlin 1897, S. 87) schildert die „Heldentaten“ der Gardisten am 3. Oktober folgendermaßen: „Zu der nächsten Volksversammlung erschienen sie in Masse, umstellten die Freiheitshelden, und es entspann sich ein Kampf, in dem diese entsetzlich zugerichtet wurden. Der Dr. Tropus [ein angeblicher, demokratischer Hauptagitator, R. H.] wurde an seinem mächtigen Vollbarte buchstäblich herumgeschleift, nachdem er tüchtig Prügel erhalten hatte,

http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1884
bis von seinem Barte nichts mehr übrig blieb.“ Kotsch (Potsdam, S. 192) erwähnt eine weitere Veranstaltung mit dreitausend Teilnehmern, darunter „einigen Soldaten“, die am 17. September stattgefunden habe.

54 Vgl. VZ, 14.11.1848; Allgemeine Augsburger Zeitung, 17.11.1848. Bestätigt wurden die Vorfälle u.a. in einem Brief des Freiherrn Heinrich von Wittgenstein an L. Camphausen vom 12. Nov. 1848 sowie in einem Rundschreiben des Innenministers O. v. Manteuffel an die Provinzialregierungen, 13.11.1848, in: J. Hansen (Hrsg.), Rheinische Briefe und Akten zur politischen Bewegung, Bd. 2.2.: April-Dezember 1848. Bearb. II. Boberach, Köln/Berlin 1976, S. 509; A. Caspary, Ludolf Camphausens Leben, dargestellt aus seinem schriftlichen Nachlaß, Stuttgart/Berlin 1902, S. 264; GStA, Rep. 77, Tit. 501, Nr. 3, Bd. 3, Bl. 260 u.Rs.; Streckfuß, Freies Preußen, II, S. 659; Aut.koll. unter Ltg. v. M. Uhlemann/O. Rückert, Potsdam/Berlin 1986, S. 76 f.; Kotsch, Potsdam, S. 194.

55 Am 29. April 1849 führte der Potsdamer Demokraten-Verein eine Großveranstaltung mit etwa tausend Teilnehmern durch. Anlaß waren die blutigen Unruhen in Berlin anläßlich der Auflösung der Zweiten Kammer des preußischen Parlaments durch die Krone zwei Tage zuvor, die sieben Tote und zahlreiche Verletzte forderten. Am 7. Mai 1849 war Potsdam Schauplatz einer weiteren Veranstaltung; von den Teilnehmern wurde eine Adresse verabschiedet, in der die Frankfurter Paulskirche in ihrer Politik gegenüber der preußischen Krone nachdrücklich unterstützt wurde (vgl. Müller/Müller, Brandenburg, S. 491; zu den Vorgängen in Berlin vom 27. bis 29. April 1849 vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 801-804).

56 Für Berlin habe ich dies an anderer Stelle ausführlich skizziert (vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 558 ff., 621-624, 684 f., 853 ff., 868 f., sowie Anm. 19.); zu anderen europäischen Hauptstädten und Regionalmetropolen vgl. (als Überblick) ders., Die europäischen Hauptstädte in der Revolution von 1848, in: D. Dowe/D. Langewiesche/H.-G. Haupt (Hrsg.), Die europäischen Revolutionen von 1848, Bonn 1998 (im Druck).

57 Vgl. Bekanntmachung Bardelebens vom 22. August 1848.

58 Vgl. vor allem M. Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989, bes. S. 196, 275-305; J. Sperber, Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848-1849, Princeton/New Jersey 1991, bes. S. 242 ff., 451 ff.

59 Zur Erwerbs- und Sozialstruktur Berlins in den vierziger Jahren vgl. Hachtmann, Berlin 1848, S. 69-81 bes. Tab.1. Zu den in Berlin in einer ganzen Reihe von Gewerben beträchtlichen durchschnittlichen Betriebsgrößen vgl. J. Bergmann, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973, S. 159 f.

60 Das läßt sich nicht zuletzt an den Wandlungen im Sprachverhalten nachvollziehen. Vgl. hierzu R. Hachtmann, Vom Stand zur „Classe“: Selbstverständnis und Sprachverhalten von Arbeitern und Gesellen, Unternehmern und Meistern in der Berliner Revolution von 1848, in: Ch. Jansen/Th. Mergel (Hrsg.), Die Revolutionen von 1848/49. Heterogenität und Brüche in Revolutionsablauf und Revolutionserfahrung, Göttingen 1997.

- ⁶¹ Springer, Berlins Straßen, S. 202, 205, 208.
- ⁶² Vgl. im einzelnen Hachtmann, „Gerechtes Gericht Gottes“, S. 212 ff., 248-254.
- ⁶³ Das im 18. Jahrhundert „respektable Gewerbepotential“ Potsdams, ^{natürlich} mehrere Textilmanufakturen, war durch die Napoleonische Kontinental-^{sperr} ruiniert worden. Übriggeblieben waren bis 1848 nurmehr die erwähnte ^{Gewehr-} fabrik sowie eine Militärtuchmanufaktur (vgl. Kotsch, Potsdam, S. 146). Pots-
dam war mehr eine Militär- sowie (seit Bildung der Provinz Brandenburg, die
von Potsdam aus regiert wurde) eine Verwaltungsstadt.
- ⁶⁴ Hierzu und zum folgenden W. Ribbe (Hrsg.), Slawenburg, Landesfestung, In-
dustriezentrum. Untersuchungen zur Geschichte von Stadt und Bezirk ^{Spandau,}
Berlin 1983, S. 197 f., 218 f., 221 f. Pläne zum Umzug der Berliner Geschützgieße-
rei nach Spandau wurden zwar schon vor 1848 entwickelt. Die neue Ge-
schützgießerei in Spandau nahm jedoch erst 1855 ihre Produktion auf.
- ⁶⁵ Locomotive, 23.8.1848. Der Charlottenburger Magistrat tat wenig, um die Wo-
gen zu glätten. Am 25. August erklärte er in einer Bekanntmachung, ^{zwar habe}
ein Teil der Charlottenburger Einwohner in seinem Patriotismus die gesetzlichen
Grenzen überschritten, das rechtfertige jedoch in keiner Weise die angeblichen
Hetzereien der Demokraten.
- ⁶⁶ VZ, 23.8.1848.
- ⁶⁷ Wie rasch und vollständig sich Charlottenburg vor allem seit den achtziger Jah-
ren zur Industriestadt entwickelte, ist an der Bevölkerungsentwicklung ^{und an}
den Veränderungen der Sozialstruktur der Stadt abzulesen: Im Jahr der Reichs-
gründung noch ein beschaulicher Ort von knapp 20 000 Einwohner, hatte sich
die Einwohnerzahl bis 1890 fast vervierfacht (77 000 Einwohner). Im Jahre
1900 lebten in Charlottenburg knapp 200 000, 1913 dann 325 000 und 1920,
dem Jahr der Gründung Groß-Berlins, schließlich fast 335 000 Einwohner. Der
Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtheit der Bevölkerung bzw. Erwerbs-
tätigen lag - spätestens - seit den neunziger Jahren weit über dem städtischen
Reichsdurchschnitt (vgl. M. Erbe, Von der Kleinstadt zur Großstadt. Zur
Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Charlottenburgs zwischen 1880 und 1920,
in: W. Ribbe [Hrsg.], Von der Residenz zur City. 275 Jahre Charlottenburg,
Berlin 1980, S. 292, 311 f.). Abgeschwächt galt ähnliches auch für Spandau:
Infolge zahlreicher Industrieansiedlungen - u.a. Siemens - wuchs die Spandauer
Bevölkerung von 19 000 auf mehr als 65 000 im Jahre 1900 und schließlich
95 000 ein Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges an. Von 1919 bis 1925
besaßen SPD, USPD und KPD infolge des hohen Arbeiteranteils numerisch
eine Mehrheit in der Spandauer Stadtverordneten- bzw. Bezirksversammlung
(vgl. Ribbe, Slawenburg, S. 252, 293).